



Nr. 269 | 30.05.2022

Ukraine-Analysen

- **Flucht vor dem Krieg**
- **Zukunft der Ukraine-Forschung**
- **Auswirkungen des Krieges auf die Bildung**
- **Kriegsgeschehen in der Ukraine**

■ ANALYSE	
Flucht in und aus der Ukraine Von Irina Mützelburg (ZOiS, Berlin)	2
■ DOKUMENTATION	
Geflüchtete in Nachbarstaaten der Ukraine	6
■ KOMMENTAR	
Die Osteuropäische Geschichte und die Ukraine nach Russlands Angriff Von Martin Aust (Universität Bonn)	10
Ukraine-Studien in Deutschland. Beobachtungen eines Historikers Von Andrii Portnov (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)	12
Wir brauchen eine De-Kolonisierung und Aufwertung der Osteuropaforschung Von Gwendolyn Sasse (ZOiS, Berlin)	13
Fehler im Betriebssystem Von Kateryna Stetsevych (Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin)	14
Wir brauchen dringend und schnell eine interdisziplinäre Ukrainistik an deutschsprachigen Universitäten Von Alexander Wöll (Universität Potsdam)	16
■ DOKUMENTATION	
Bildung und Krieg	17
■ KARTE	
Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 30. Mai 2022)	23
■ STATISTIK	
Verluste an Militärmaterial der russischen und ukrainischen Armee	24
■ UMFRAGEN	
Einstellung der Bevölkerung zum Krieg	27
■ CHRONIK	
10. – 24. April 2022	28

Flucht in und aus der Ukraine

Von Irina Mützelburg (ZOiS, Berlin)

DOI: 10.31205/UA.269.01

Zusammenfassung

Die am 24. Februar 2022 begonnene russische Invasion in die Ukraine hat die größten Fluchtbewegungen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg in und aus der Ukraine hervorgerufen. Der Beitrag zeigt die Situation der Flüchtenden an verschiedenen Orten auf: Manche leben plötzlich unter russischer Besatzung, andere sehen ihr Leben täglich bedroht und wieder andere sind im Ausland in scheinbarer Sicherheit, können aber (noch) nicht ankommen. Während Fluchtbewegungen aus anderen Krisengebieten in den letzten Jahrzehnten stark behindert wurden, erleichtern die EU Staaten derzeit die Migration aus der Ukraine – jedoch vor allem für ukrainische StaatsbürgerInnen.

Die am 24. Februar 2022 begonnene russische Invasion in die Ukraine hat plötzliche und gewaltige Fluchtbewegungen hervorgerufen. BewohnerInnen der Ukraine fliehen vor den russischen Angriffen sowohl innerhalb der Ukraine, in ruhigere Regionen, als auch ins Ausland, insbesondere in die Nachbarstaaten wie Polen oder Rumänien. Hunderttausende werden, oft unfreiwillig, nach Russland gebracht. Aber auch in Deutschland wurden bis Anfang Mai etwa 600.000 geflüchtete UkrainerInnen erfasst. Wie gehen die verschiedenen Orte und Staaten mit den Flüchtenden um? Und wie geht es den Menschen vor, während und nach der Flucht?

Leben und Flucht im Krieg

Die Situation der Menschen in der Ukraine unterscheidet sich stark und hängt im Wesentlichen von den sich verschiebenden Kampfhandlungen ab. Menschen fliehen aus stärker umkämpften Orten dorthin, wo es ihnen sicherer erscheint. In manchen Fällen verlassen sie ihr Haus, um in einem anderen Stadtteil oder im Nachbardorf Unterschlupf zu finden. In anderen flüchten sie weiter in eine andere Region, wobei sich die Wahl der Regionen mit der Entwicklung des Kriegsgeschehens verändert.

In manchen Gebieten, insbesondere in vielen Dörfern, ist ein quasi normales Leben möglich. Jedoch können die BewohnerInnen nicht sicher sein, wie lange diese relative Normalität anhalten wird. Außerdem sorgen sie sich, wie alle Menschen in und aus der Ukraine, um die Zukunft ihres Landes und die Sicherheit ihrer Angehörigen, Freunde und Bekannten, die kämpfen oder im Kriegsgebiet leben. Manche erhalten Nachrichten über Todesfälle aus ihrem Umkreis.

In einigen Städten wie Lwiw und Dnipro ist es meist ruhig. Viele Menschen aus den umkämpften Gebieten sind in solche scheinbar sichereren Orte geflohen. Jedoch verübt die russische Armee immer wieder Raketenan-

griffe tief ins Innere des Landes, wodurch auch in Städten und Regionen weit entfernt von der Front Menschen verletzt und getötet werden. Die BewohnerInnen hören regelmäßig Luftangriffssirenen und leben mit der Angst vor Luftangriffen.

An anderen Orten finden heftige Kämpfe statt, beispielsweise in den ersten Kriegswochen um Kyjiw und weiterhin um Charkiw. An besonders heftig umkämpften und belagerten Orten wie Mariupol und Isjum fehlt es an Trinkwasser, Nahrung, Strom, Gas, Medizin und Kommunikationsmöglichkeiten mit der Außenwelt. Die Menschen dort sind massiv durch die Kämpfe bedroht, können aber oft die Stadt nicht oder nur unter großer Gefahr verlassen. Zerstörte Brücken, verstärkte Angriffe auf die Bahninfrastruktur, unter Beschuss stehende oder verminte Straßen und der Mangel an Transportmöglichkeiten und Informationen erschweren die Flucht.

An zuvor heftig umkämpften Orten wie Tschernihiw und den Kyjiwer Vororten erkennt man die zerstörten Gebäude und Infrastruktur, die Verminung und die psychischen Schäden der BewohnerInnen. Von Orten wie Butscha, Borodjanka und Irpin, die vorübergehend von der russischen Armee kontrolliert worden waren, aber von der ukrainischen Armee zurückerobert wurden, erfährt man von Plünderungen, Einschüchterungen, gewaltvollen Übergriffen auf Zivilisten, Folter, Exekutionen und sexueller Gewalt durch die Besatzer. Einige Dörfer, zum Beispiel Andrijiwka nahe Kyjiw, sind fast vollständig zerstört. Es gibt keine Strom-, Gas- und Wasserversorgung mehr. Dennoch kehren viele erwachsene BewohnerInnen zurück, während die meisten Kinder noch in der Westukraine oder im Ausland bleiben.

Aus von der russischen Armee besetzten Orten wie Cherson hört man, dass die Besatzer die staatlichen Institutionen neu besetzen, Telefon- und Internetverbindungen kappen und die BewohnerInnen, besonders die Männer, an der Flucht hindern. Es wird auch berichtet, dass Menschen, insbesondere politisch aktive Per-

sonen und junge Frauen, verschwunden sind. Bei der Verhandlung von humanitären Korridoren aus Mariupol, versuchte das russische Regime, fast ausschließlich Fluchtrouten nach Russland einzurichten. Laut lokalen Behörden seien mehrere Tausend Menschen aus Mariupol mit Bussen gegen ihren Willen nach Russland entführt worden. Die ukrainische Ombudsfrau für Menschenrechte, Ljudmila Denissowa, erklärte am 25. März 2022, dass ca. 400.000 ZivilistInnen, insbesondere aus den Regionen Luhansk und Donezk, nach Russland zwangsverschleppt worden seien. Das russische Verteidigungsministerium sprach am 2. Mai 2022 von 1,1 Millionen aus der Ukraine nach Russland »evakuierten« Personen. Die Ausreise erfolgte mutmaßlich unter verschiedenen Umständen, darunter Ermangelung von alternativen Fluchtwegen aus unter Beschuss stehenden Orten, Desinformation bezüglich des Zielortes oder direktem Druck durch bewaffnetes russisches Militär.

In den selbst ernannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk werden die Männer unter Zwang in die Armee eingezogen und dürfen die von Russland kontrollierten de-facto Staaten nicht mehr verlassen. Einigen gelingt dennoch die Flucht, während die meisten sich verstecken. Auch in diesen Gebieten hören die Menschen die Geräusche der sich nähernden Gefechte.

Während manche Menschen sich früh zur Flucht entschlossen (ca. 5 Prozent noch vor Kriegsbeginn), zögern andere länger oder lehnen es ab, zu fliehen. Einige entscheiden, sich den kämpfenden Einheiten anzuschließen oder durch freiwilliges Engagement anderen zu helfen. Eine Umfrage des Kyjiwer Thinktanks CEDOS zeigt, dass einige bleiben, um zu arbeiten oder um ihr Haus zu schützen. Andere fürchten Gefahren auf der Flucht, aber auch am neuen Ort nicht willkommen zu sein. Wieder andere fühlen sich zu gelähmt, um Entscheidungen zu treffen. Viele hadern damit, Personen zurückzulassen, zum Beispiel Alte und Kranke, die nicht reisen können. Manche schrecken vor einer Flucht zurück, weil ihnen die finanziellen Mittel fehlen, ihnen kein Transport oder keine Unterkunft am Zielort zur Verfügung steht.

Je nach Zeitpunkt und Strecke waren die Züge stark überfüllt und Flüchtende mussten ihre Fahrt verschieben. Alle Züge wurden zu gratis fahrenden Evakuierungszügen in Richtung Westukraine umfunktioniert. Dennoch konnten sie nicht immer dem Ansturm der Flüchtenden gerecht werden. Auch die Städte, in denen besonders viele Binnenvertriebene Schutz suchen, stehen vor enormen Herausforderungen. An vielen Orten wurden staatliche und ehrenamtliche Initiativen zur Essensverteilung und zur psychologischen und medizinischen Hilfe für die Binnenvertriebenen eingerichtet. Städte wie Lwiw und Dnipro organisieren Notunterkünfte sowohl in Wohngebäuden als auch in Schulen, Kindergärten, Turnhallen oder Kulturstätten. Dennoch sind sie dem

Bedarf nicht gewachsen und haben Schwierigkeiten, den Menschen längerfristigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Ein Teil der Flüchtenden kommt bei Familie, Freunden oder Bekannten unter, aber andere müssen eine Unterkunft gegen Bezahlung mieten und sehen sich mit drastisch gestiegenen Mietpreisen, beispielsweise in Lwiw und Tscherniwzi, konfrontiert. Besonders Männer stehen unter Druck, sich der Armee anzuschließen. Für sie ist die Wohnraumsuche, beispielsweise in Lwiw, besonders schwierig, weil Gastgeber häufig der Ansicht sind, die Männer sollten kämpfen.

Flucht nach Europa: Eine durch die EU-Staaten unterstützte Migration

Insbesondere in den ersten drei Wochen des Krieges stieg die Anzahl der Personen, die laut Grenzbehörden der Nachbarstaaten die Ukraine verließen, rapide an. In dieser kurzen Zeit verließen ungefähr 3,2 Millionen Menschen die Ukraine, in den folgenden sechs Kriegswochen wurden weitere 2,2 Millionen Ausreisen gezählt. Die Flucht aus der Ukraine hat sich zwar verlangsamt, hat aber bei Weitem nicht aufgehört.

Viele Menschen fliehen etappenweise, erst in einen näher gelegenen Ort, dann weiter in eine andere Region und manche ins Ausland. Männliche ukrainische Staatsbürger zwischen 18 und 60 Jahren dürfen die Ukraine nicht verlassen. Viele Frauen entscheiden, ebenfalls zu bleiben, um ihre Männer, Söhne oder Väter nicht zurückzulassen. Viele fürchten auch den fremden Kontext, die unbekannte Sprache und die hohen Lebenshaltungskosten im Ausland. Diejenigen, die das Land verlassen, mussten in den ersten Wochen teilweise tagelang an den Grenzübergängen warten. Nach den Kriegserfahrungen und Tagen des Fahrens und Wartens sind die meisten erschöpft und verängstigt. Einige berichten von der Scham, ihr Heimatland zu verraten. Sie bangen um die Sicherheit der Zurückgebliebenen, manche auch um ihre Immobilien oder Unternehmen, und verbringen viel Zeit damit, mit Verwandten und Bekannten zu kommunizieren und die Nachrichten über den Krieg zu verfolgen. Viele hoffen auf eine schnelle Rückkehr in die Ukraine und haben Schwierigkeiten, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Sie hängen in einem Schwebezustand – nicht mehr ganz in der Ukraine, aber auch noch nicht ganz am neuen Ort angekommen und unsicher darüber, wie lange sie dortbleiben werden.

Laut ukrainischen Grenzbehörden haben zwischen dem 28. Februar und dem 4. Mai 2022 ungefähr 1,4 Millionen ukrainische StaatsbürgerInnen die Grenze in Richtung Ukraine überschritten, wobei es sich hierbei zu einem Teil um mehrfache Überquerungen handelt und nicht alle gezählten Personen dauerhaft in die Ukraine zurückkehren. Seit dem Rückzug der russischen Truppen aus dem Norden der Ukraine Anfang

April 2022 und trotz Warnungen ukrainischer PolitikerInnen und Behörden kehren UkrainerInnen vermehrt in das Land und insbesondere nach Kyjiw zurück.

Die Mehrheit der ins Ausland geflüchteten Personen befindet sich in den Nachbarstaaten der Ukraine. Laut jeweiligen staatlichen Behörden sind bis zum 5. Mai 2022 über drei Millionen Menschen über die polnische Grenze geflohen, ca. 860.000 über die rumänische, 550.000 über die ungarische, 450.000 über die moldauische und 390.000 über die slowakische. In Polen befinden sich besonders viele geflüchtete UkrainerInnen. Laut der Unia Metropolii Polskich im Pawła Adamowicza ist die Bevölkerung vieler polnischer Städte durch die ukrainische Fluchtbewegung signifikant gestiegen, beispielsweise bis Anfang April 2022 in Danzig, Katowice und Breslau um ca. 30 Prozent. Auch die Republik Moldau mit ihren nur 2,6 Millionen Einwohnern hat bis Mitte April 2022 ca. 100.000 Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen.

Von den Nachbarländern ist ein Teil der Geflüchteten weiter gereist. Mehr als 600.000 Einreisen nach Deutschland von Menschen aus der Ukraine wurden laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zwischen Kriegsbeginn und 5. Mai 2022 dokumentiert. Allerdings wurden nicht alle Einreisen erfasst und ein Teil der Personen hat Deutschland wieder verlassen. Laut diesen Daten sind ca. 80 % der Erwachsenen Frauen und 40 % der Geflüchteten minderjährig.

Im Gegensatz zu anderen – vergangenen und gegenwärtigen – Fluchtbewegungen wird die Sekundärmigration der ukrainischen Geflüchteten in der EU erleichtert. Viele Transportunternehmen ermöglichen kostenlose Fahrten für Personen, die nachweislich vorher in der Ukraine lebten. Ukrainische StaatsbürgerInnen können seit 2017 mit einem biometrischen Pass visumfrei in den Schengenraum einreisen und dort 90 Tage als Touristen verbringen. Dank der am 4. März 2022 vom Europäischen Rat erstmalig aktivierten Massenzustrom-Richtlinie (2001/55EG) können die aus der Ukraine Geflüchteten unkomplizierter vorübergehenden Schutz in der EU erhalten. Diese Richtlinie besagt, dass die EU Mitgliedsstaaten die Ein- und Durchreise der Flüchtenden erleichtern sollen. Mit Kriegsbeginn haben mehrere Länder, darunter Polen und Deutschland, die Pflicht eines biometrischen Passes und vorher bestehende Covid-19-Beschränkungen für Personen aus der Ukraine aufgehoben. Obwohl die Massenzustrom-Richtlinie die Möglichkeit einer Umverteilung vorsieht, werden die Geflüchteten aus der Ukraine bisher nicht zwischen den EU-Staaten umverteilt. Sie sind auch nicht – wie andere AsylbewerberInnen – verpflichtet, ihren Antrag auf einen Schutzstatus in dem EU-Staat einzureichen, den sie als Erstes betreten haben.

Die aus der Ukraine Geflohenen können sich frei innerhalb Deutschlands bewegen. Diejenigen, die pri-

vat untergebracht werden, können sich ihren Aufenthaltsort aussuchen. Dies ermöglicht es ihnen, sich an dem Ort niederzulassen, an dem sie Verwandte oder Bekannte haben. Personen, die eine staatliche Unterkunft benötigen, werden nach dem Königsteiner Schlüssel umverteilt. Insbesondere in Berlin, wo sich besonders viele Geflüchtete konzentrieren, werden derzeit nur Personen für den vorübergehenden Schutzstatus registriert, die eine dauerhafte Unterkunft, einen sehr nahen in Berlin wohnenden Verwandten, Transportunfähigkeit oder einen Arbeits- oder Studienplatz vorweisen können. Alle anderen werden innerhalb Deutschlands umverteilt – insbesondere auf strukturschwache Regionen mit besonders hohen Arbeitslosenzahlen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die in strukturschwache Gebiete zwangsumverteilten AsylbewerberInnen größere Schwierigkeiten hatten, einen Arbeitsplatz zu finden. Um die Umverteilung zu vermeiden, wohnen derzeit viele aus der Ukraine Geflüchtete ohne Registrierung in Berlin und erhalten folglich keine Sozialleistungen.

Ein großer Teil der aus der Ukraine Geflüchteten wird privat untergebracht. Laut einer Umfrage im Auftrag des Innenministeriums von Ende März 2022 wohnte knapp die Hälfte der befragten Geflüchteten aus der Ukraine bei Freunden oder Verwandten. Es ist anzunehmen, dass mit zunehmenden Fluchtzahlen dieser Anteil inzwischen gesunken ist. Zusätzlich bieten auch andere – bis zur Flucht unbekannte – Privatpersonen Wohnraum an. Jedoch sind diese Unterkünfte oft temporär. Geflüchtete verfügen häufig nur über eine kurzfristige Unterkunft für wenige Tage oder Wochen und wissen nicht, wo sie danach unterkommen können. Dies trägt zum Gefühl der Unsicherheit und der Planungsunfähigkeit bei. Vollerorts mangelt es an staatlichen Unterbringungsmöglichkeiten. Geflüchtete werden oft in Notunterkünften, häufig Massenunterkünften, untergebracht, die für die Betroffenen sehr belastend sind. Des Weiteren mehren sich Berichte, nach denen zentrale Unterbringungseinrichtungen überstürzt geräumt werden und ihre BewohnerInnen, AsylbewerberInnen aus anderen Ländern in zunehmend überfüllte Unterkünfte an teils weit entfernten Orten gebracht wurden. Der Versuch, den ukrainischen Geflüchteten schnell zu helfen, führt teilweise zu einer Verschlechterung der Situation von AsylbewerberInnen aus anderen Ländern, die sowieso unter frustrierenden Bedingungen zähe Prozeduren durchlaufen und in einer erzwungenen Untätigkeit gehalten werden.

Die Massenzustrom-Richtlinie sieht eine, im Vergleich zum Flüchtlingsstatus, schnellere und vereinfachte Prozedur zur Anerkennung des Schutzstatus vor. Im Gegensatz zu anderen AsylbewerberInnen dürfen ukrainische Geflüchtete sofort nach der Registrierung arbeiten. Auch die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und der Zugang zu deutschen Hochschulen

werden für ukrainische Geflüchtete erleichtert. Damit werden den Geflüchteten aus der Ukraine – vor allem den ukrainischen StaatsbürgerInnen unter ihnen – viele der Probleme und Gefahren erspart, denen Flüchtende aus anderen Ländern ausgesetzt waren und sind.

Menschen aus Drittstaaten: Die Situation der »Unerwünschten«

Vor dem Beginn der russischen Invasion lebten in der Ukraine Menschen aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlichem legalen Status. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzte 2020, dass sich ungefähr 300.000 AusländerInnen mit dauerhaftem Aufenthaltstitel und weitere 150.000 Personen mit befristetem Aufenthaltstitel in der Ukraine aufhielten. Zusätzlich befanden sich noch einige Tausend offiziell registrierte AsylbewerberInnen und Personen mit Flüchtlingsstatus im Land. Allerdings wohnten zahlreiche Menschen ohne legalen Aufenthaltstitel in der Ukraine – darunter auch viele, die vor den Gefahren in ihren Heimatländern geflüchtet waren, die aber aufgrund des dysfunktionalen ukrainischen Asylsystems keinen Flüchtlingsstatus erhalten hatten.

Seit den 2000er-Jahren übernahm die Ukraine zunehmend im Auftrag der EU die Grenzsicherung für die östlichen EU-Staaten und hielt unerwünschte MigrantInnen auf. In teilweise von der EU finanzierten Haftanstalten wurden MigrantInnen eingesperrt, die ohne regulären Aufenthaltstitel oder beim Versuch eines unerlaubten Grenzübertritts in die EU aufgegriffen wurden, um sie von erneuten Versuchen irregulärer Migration in die EU abzuschrecken. Heute werden weiterhin einige Dutzend Personen in der Haftanstalt Schurawytshi ohne Luftschutzbunker und unter sich zunehmend verschlechternden Bedingungen festgehalten.

Laut Schätzungen der IOM sind seit Kriegsbeginn einige hunderttausend Drittstaatsangehörige aus der Ukraine geflohen. Nicht europäisch aussehende BewohnerInnen der Ukraine aus Drittstaaten, aber auch Roma, berichten von Diskriminierung, rassistischen Beleidigungen und Misshandlungen beim Grenzübertritt und auf der Flucht sowohl in der Ukraine als auch in der EU. Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung beobachtete Ende März 2022, dass anders aussehende Menschen immer wieder bei der Vermittlung von privaten Unterbringungen abgelehnt wurden.

Von den fliehenden Drittstaatsangehörigen ist nur ein Teil den ukrainischen StaatsbürgerInnen in der EU

legal gleich gestellt. Nur diejenigen unter ihnen erhalten wie ukrainische StaatsbürgerInnen laut Massenzustrom-Richtlinie einen Aufenthaltstitel in der EU, die beweisen können, dass sie mit einem internationalen Schutzstatus (Flüchtlingsstatus oder subsidiärer Schutzstatus) oder einem unbefristeten Aufenthaltstitel in der Ukraine lebten und nicht gefahrlos in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Alle anderen dürfen sich legal nur bis zum 23. Mai 2022 in Deutschland aufhalten und müssen dann ausreisen, verbleiben ohne legalen Status oder geraten durch Asylanträge in eine oft viele Jahre andauernde Wartephase.

Viele der für UkrainerInnen geltenden Regeln und Unterstützungsmaßnahmen vermeiden die zahlreichen Probleme, mit denen andere Gruppen bei ihrer Flucht in die EU konfrontiert sind. Diese Maßnahmen könnten zum Anlass genommen werden, den Umgang mit anderen Geflüchteten in Europa zu überdenken.

Fazit

Die plötzliche und gewaltige Fluchtbewegung in und aus der Ukraine reagiert auf die Kampfhandlungen im Land und verändert sich ständig. Die Unsicherheit bezüglich der Zukunft stellt sowohl für die Geflüchteten als auch für die Aufnahmestaaten eine große Herausforderung dar. Die EU hat darauf mit der erstmaligen Aktivierung der Massenzustrom-Richtlinie reagiert und schafft für Millionen ukrainischer Kriegsflüchtlinge in Europa verlässliche Rahmenbedingungen und eine mittelfristige Bleibe- und Arbeitsperspektive.

Viele Geflüchtete haben dennoch Schwierigkeiten, an dem neuen Ort anzukommen und Entscheidungen über ihre weitere Zukunft zu treffen, solange der Krieg andauert. Politik und Institutionen in den Aufnahmestaaten müssen Entscheidungen zum Umgang mit den Geflüchteten treffen, die teilweise auf einer unsicheren Vorhersage ihrer Aufenthaltsdauer basieren. Sicher scheint jedoch, dass aktuell die meisten geflohenen UkrainerInnen nach dem Ende des Krieges in ihre Heimat zurückkehren wollen. Schon jetzt wurden mehr als 1,4 Millionen Grenzübertritte in die Ukraine zurück registriert. Viele Menschen kehren in vermeintlich ruhigere Regionen zurück, wo aber dennoch teilweise Raketenangriffe stattfinden und die die Sicherheitslage weiter ungewiss ist.

Redaktionsschluss: 09.05.2022

Über die Autorin

Dr. *Irina Mützelburg* ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin. Sie hat zur Asylpolitik in der Ukraine promoviert und ist Post-Doktorandin im deutsch-französischen (ANR-DFG) Projekt *LimSpaces*, das sie co-kordiniert. In diesem Rahmen erforscht sie derzeit die Beschulung der aus der Ukraine geflüchteten SchülerInnen in Deutschland.

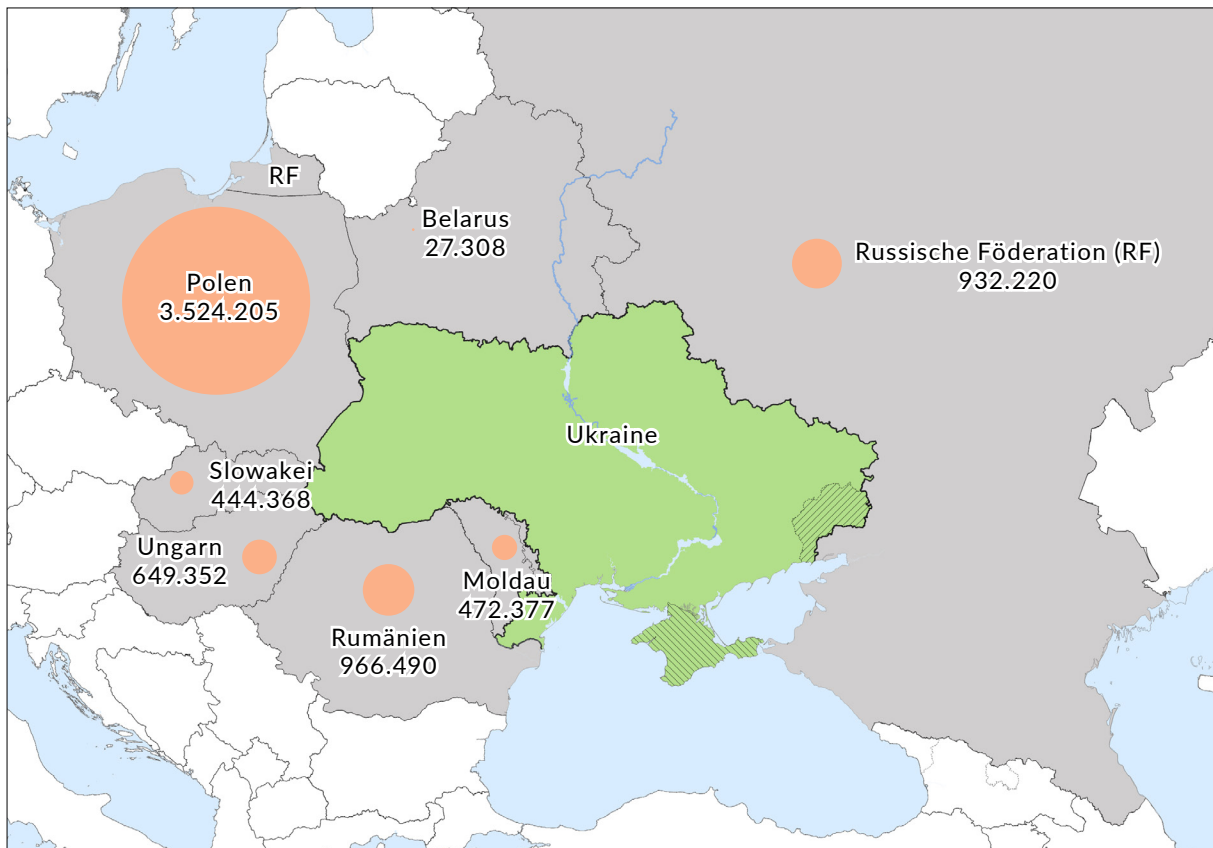
Weiterführende Quellen:

- Berichte des ukrainischen Thinktanks CEDOS z. B. *Forced migration and the war in Ukraine* (February 24 – March 24, 2022); *The First Days of Full-Scale War in Ukraine: Thoughts, Feelings, Actions*; *Housing and War in Ukraine* (February 24 – March 22, 2022)
- *Stellungnahmen des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung zu den Folgen des Kriegs in der Ukraine*, Prof. Dr. Herbert Brücker, Prof. Dr. Manuela Bojadzijev, Dr. Nihad El-Kayed, Leoni Keskinikliç, Anna Wiegand, Dana Abdel-Fatah, Prof. Dr. Ulrike Kluge, Judith Köhler, Simon Ruhnke, Prof. Dr. Aileen Edele, Prof. Dr. Zerrin Salikutluk; 25.03.2022.

DOKUMENTATION

Geflüchtete in Nachbarstaaten der Ukraine

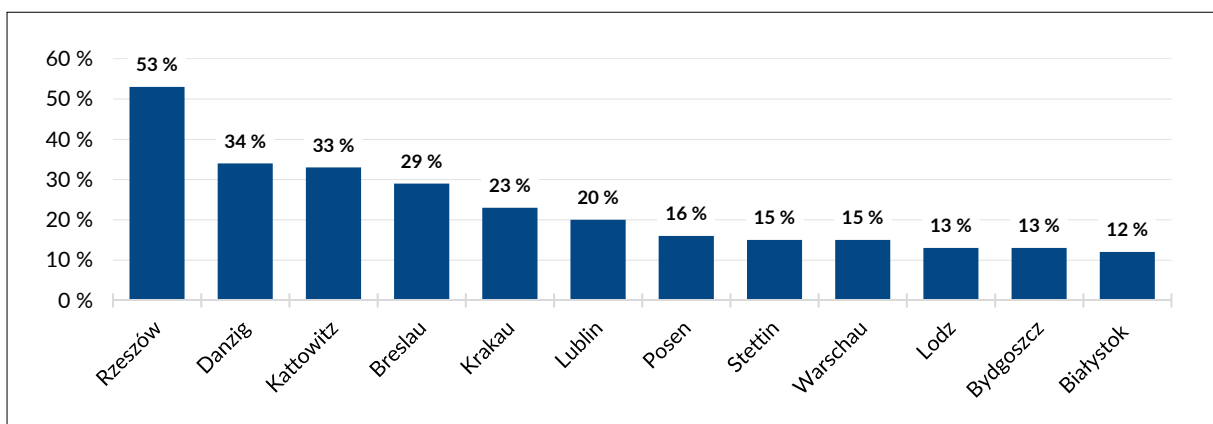
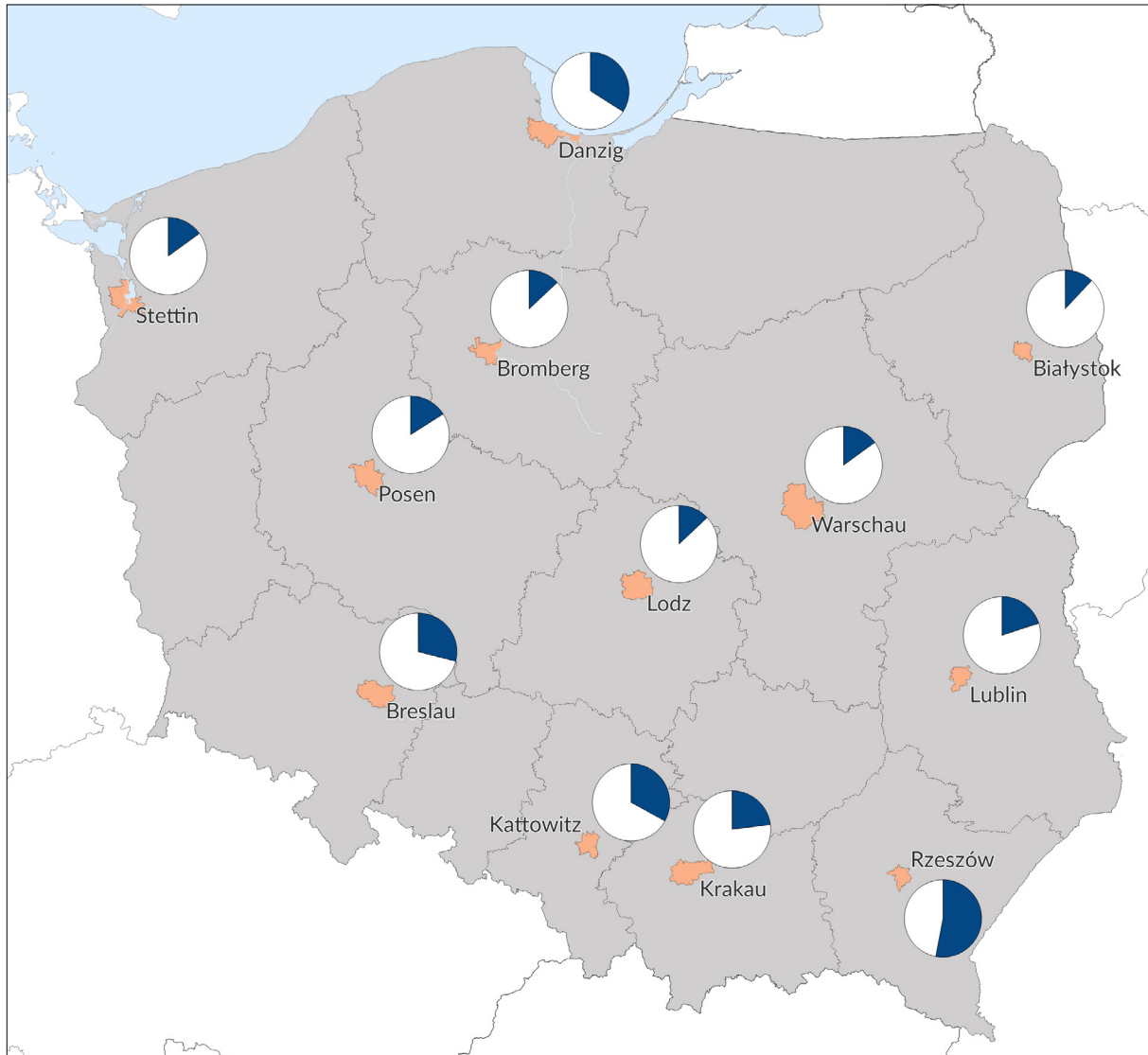
Karte 1: Die Anzahl der Geflüchteten in Nachbarstaaten der Ukraine



Quelle der Daten: <https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine>, Stand: 23.05.2022; Belarus: 12.05.2022

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa in QGIS mit Geodaten von OpenStreetMap und GADM.

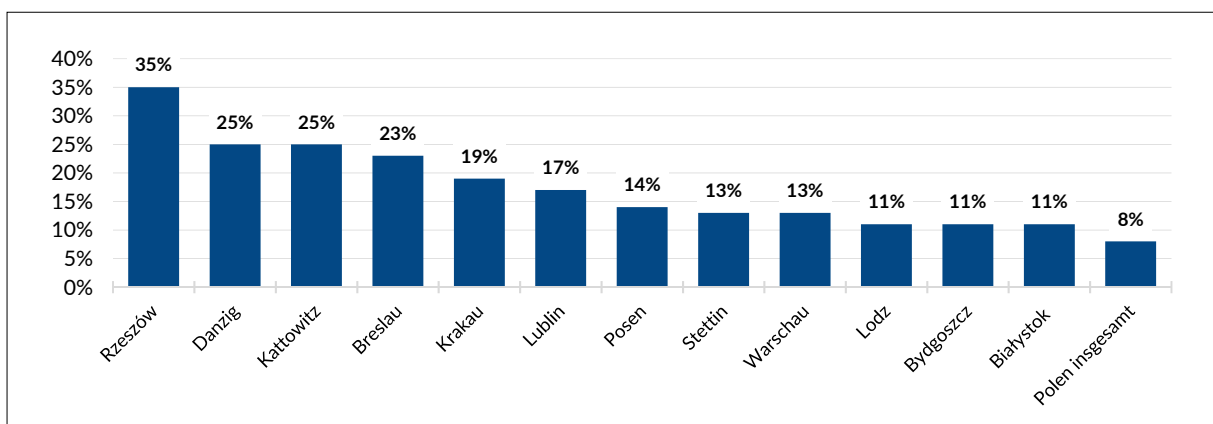
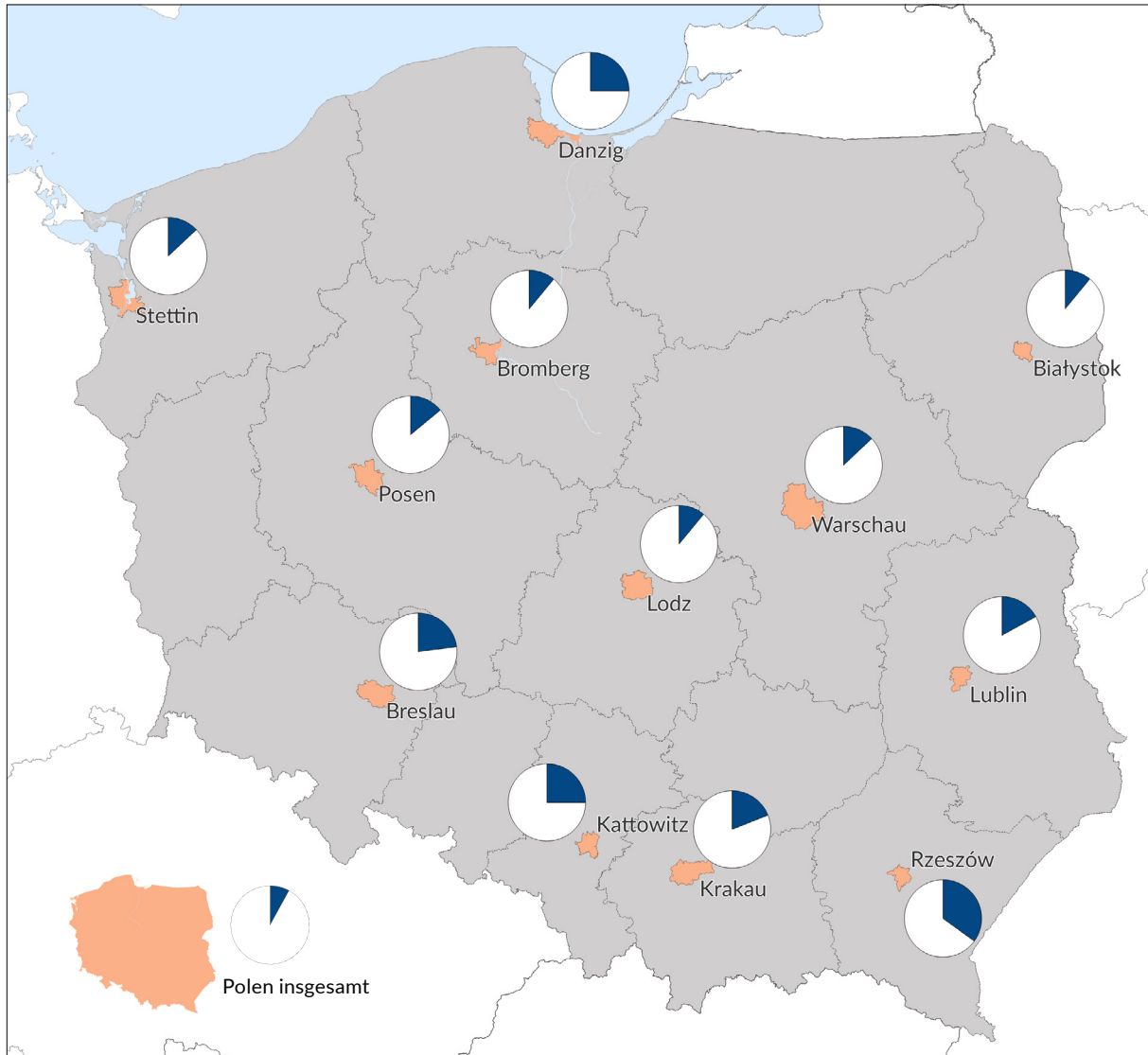
Karte 2: Bevölkerungswachstum polnischer Städte durch ukrainische Kriegsflüchtlinge (in %)



Quelle: Zentrum für Analyse und Forschung des Verbands polnischer Metropolen: Bericht über ukrainische Flüchtlinge in polnischen Großstädten, 01.04.2022, https://metropolie.pl/fileadmin/news/2022/04/Ump_Ukraina_RAPORT_final_2.pdf.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa in QGIS mit Geodaten von OpenStreetMap und GADM.

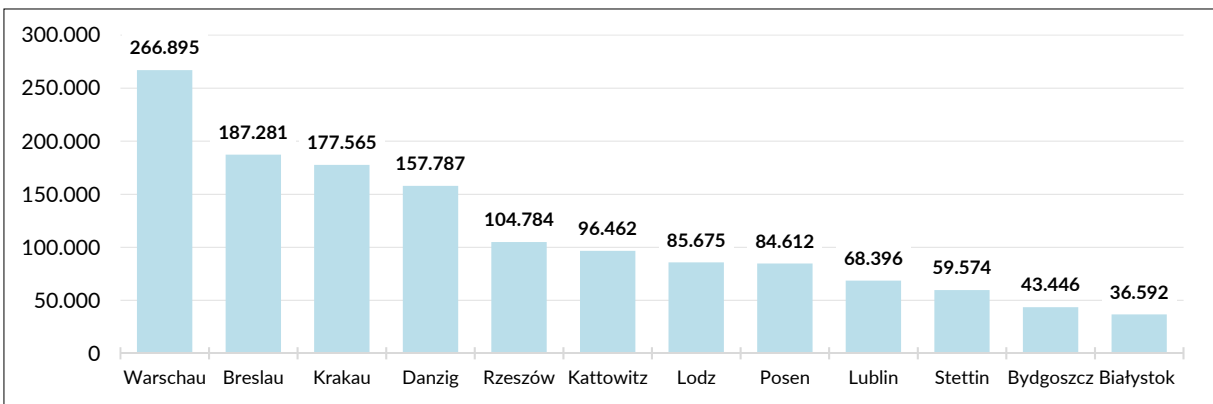
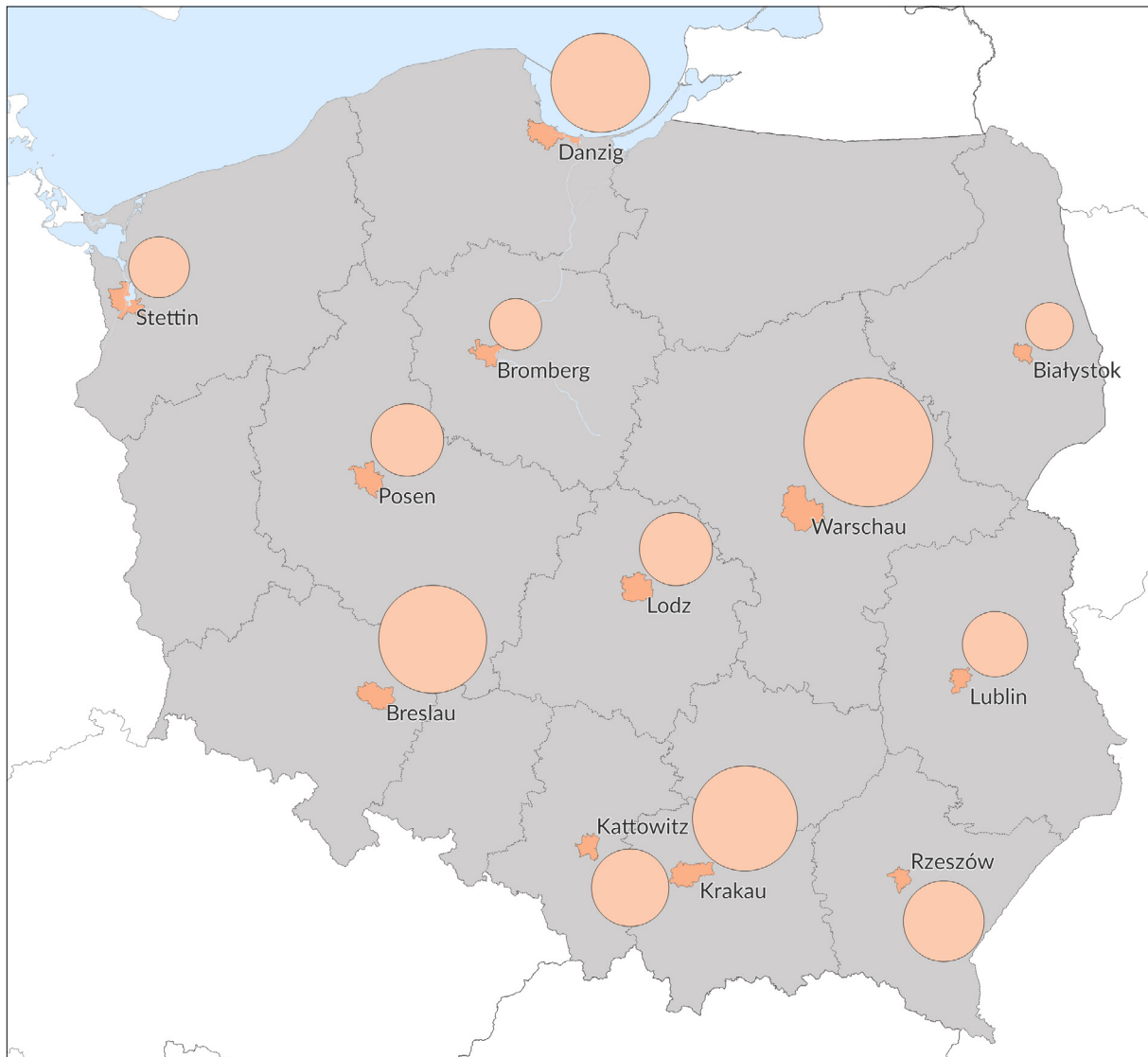
Karte 3: Anteil der ukrainischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in ausgewählten polnischen Städte (in %)



Quelle: Zentrum für Analyse und Forschung des Verbands polnischer Metropolen: Bericht über ukrainische Flüchtlinge in polnischen Großstädten, 01.04.2022, https://metropolie.pl/fileadmin/news/2022/04/Ump_Ukraina_RAPORT_final_2.pdf.

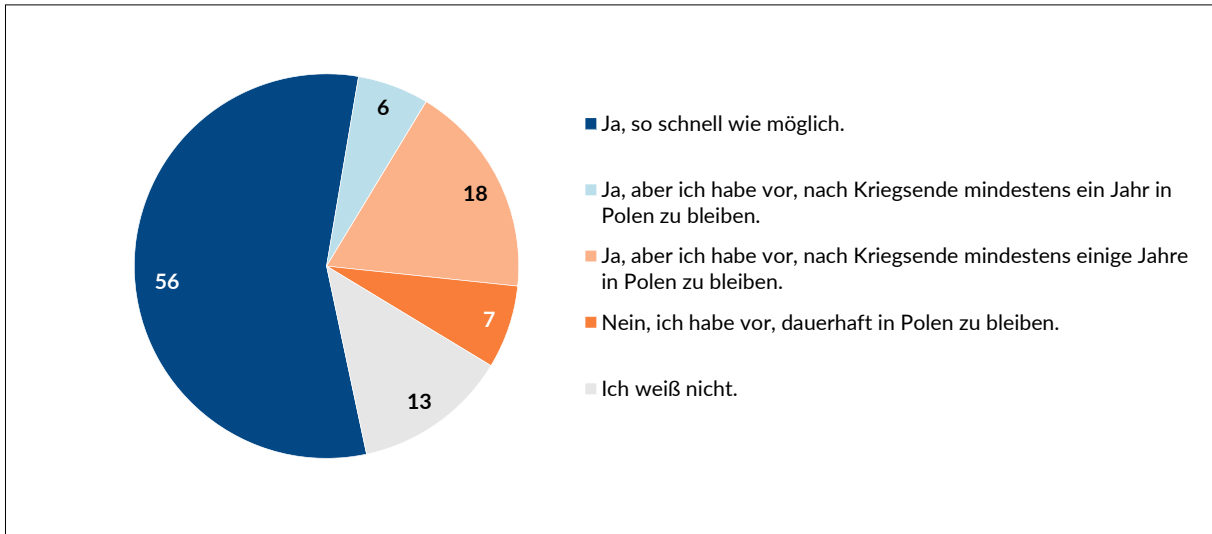
Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa in QGIS mit Geodaten von OpenStreetMap und GADM.

Karte 4: Anzahl ukrainischer Kriegsflüchtlinge in ausgewählten polnischen Städten



Quelle: Zentrum für Analyse und Forschung des Verbands polnischer Metropolen: Bericht über ukrainische Flüchtlinge in polnischen Großstädten, 01.04.2022, https://metropolie.pl/fileadmin/news/2022/04/Ump_Ukraina_RAPORT_final_2.pdf.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa in QGIS mit Geodaten von OpenStreetMap und GADM.

Grafik 1: Wollen Sie nach dem Ende des Krieges in die Ukraine zurückkehren? (%)

Quelle: Raport Specjalny EWL: Uchodźcy z Ukrainy w Polsce 2022 [Geflüchtete aus der Ukraine in Polen 2022]. <https://ewl.com.pl/raport-specjalny-uchodzczy-z-ukrainy-w-polsce/> (abgerufen am 03.05.2022).

Weitere Umfragen unter ukrainischen Geflüchteten in Polen sowie zu Einstellungen der polnischen Bevölkerung zu den Geflüchteten aus der Ukraine finden Sie in den Polen-Analysen 292, S. 9–14, <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/292/PolenAnalysen292.pdf> bzw. <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/292/umfragen-unter-ukrainischen-gefluechteten-zu-leben-und-arbeiten-in-polen/>, <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/292/umfragen-unter-unternehmen-in-polen-zur-beschaeffigung-ukrainischer-gefluechteter/> und <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/292/umfragen-in-der-polnischen-bevoelkerung-zu-den-folgen-des-russischen-angriffskrieges-gegen-die-ukraine/>.

KOMMENTAR

Die Osteuropäische Geschichte und die Ukraine nach Russlands Angriff

Von Martin Aust (Universität Bonn)

Russlands Invasion in die Ukraine stellt für die Osteuropäische Geschichte einen Einschnitt von einer Tiefe dar, wie ihn das Fach zuletzt nach dem Fall der Berliner Mauer und der Auflösung der Sowjetunion 1989/91 erlebt hat – jedoch unter gänzlich anderen Vorzeichen. Damals begann eine Epoche der Freiheit und des Aufbruchs. In der sogenannten Archivrevolution öffneten sich vormals verschlossene Archive und erlaubten eine neue quellengesättigte Geschichtsschreibung über Staaten und Gesellschaften im östlichen Europa. Der Blick der Geschichtswissenschaft richtete sich in die Zukunft neuer Möglichkeiten, die mit den Stichworten einer Geschichte Europas jenseits alter Ost-West-Stereotype, einer Imperien-geschichtsschreibung mit globalem Horizont und den methodischen Erweiterungen der kulturwissenschaftlichen Wende in der Geschichtsschreibung verbunden waren. Heute, im Angesicht des russischen Kriegs gegen die Ukraine, geht der Blick der Geschichtswissenschaft sowohl zurück als auch nach vorne. In der

Rückschau führt kein Weg an der bohrenden Frage vorbei, ob sich die Osteuropäische Geschichte eine Vernachlässigung ukrainischer Geschichte vorzuwerfen hat. Anna Veronika Wendland hat diese Frage bereits 2015 in der Zeitschrift Osteuropa aufgeworfen. Die Antwort hängt davon ab, welche Parameter zugrunde gelegt werden sollen: innerwissenschaftliche des Erkenntnisgewinns und der wissenschaftlichen Arbeitsstrukturen oder außerwissenschaftliche des Transfers gesicherten Wissens in die mediale Öffentlichkeit und das politische Gespräch. Über einzelne Forschungsarbeiten hinaus hat sich das Wissen um die Geschichte der Ukraine in den letzten dreißig Jahren in Gesamtdarstellungen ukrainischer Geschichte niedergeschlagen, die Andreas Kappler, Frank Golczewski und Kerstin Jobst geschrieben und herausgegeben haben. Darüber hinaus geben englischsprachige Überblicksgeschichten der Ukraine von Orest Subtelny, Paul Robert Magocsi, Serhy Yekelchik und Serhii Plokhii eine gute Orientierung in der Lehre.

Es gehört jedoch zu den ernüchternden Befunden bereits der Jahre 2014/15 und nun im Angesicht der Diskussion um das Ausmaß militärischer Hilfe für die Ukraine in Deutschland, wie ein Teil des politischen Spektrums (Linke, AfD und ein Teil der SPD), prominenter medialer Figuren (Richard David Precht) und einige Intellektuelle (Alice Schwarzer, Jürgen Habermas, Alexander Kluge) mit der Ukraine keine Vorstellung verbinden. Sie sind in der Geschichte und Gegenwart der Ukraine unbelesen. So fehlt ihnen Empathie mit der Ukraine. Die Anerkennung des Subjektstatus der Ukraine beziehen sie nicht in ihre Kalkulationen ein, die vollkommen auf das deutsch-russische Verhältnis fixiert sind. Hier bedarf es weiterer Transferinitiativen von Wissen über die Ukraine in die Öffentlichkeit, wie sie z. B. das Zentrum Liberale Moderne seit Jahren betreibt. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich die Institutionen des geschichtswissenschaftlichen Austausches zwischen Deutschland und der Ukraine, die seit 2015 wesentlich von der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission getragen werden, um ein Deutsches Historisches Institut in Kyjiw erweitern ließen, so wie die Gründung des Deutschen Historischen Instituts in Warschau 1993 exemplarisch für eine neue Aufmerksamkeit der Geschichtswissenschaft für Polen und Ostmitteleuropa stand. Wie groß die Aufgabe ist, Gesellschaft und Öffentlichkeit Wissen um die Ukraine zu vermitteln, das in der Osteuropäischen Geschichte als Common Sense vorausgesetzt werden darf, haben in den letzten Wochen die Publikumsfragen bei zahlreichen Vortragsveranstaltungen zur Ukraine und dem russisch-ukrainischen Krieg in Schulen, Universitäten und vor städtischen Publika gezeigt. Die Rückfragen zielen zu einem ganz erheblichen Teil auf Putin und Russland, jedoch kaum auf die Ukraine. Daran lässt sich ablesen, wie groß die Transferaufgabe ist. Hoffnung auf Änderungen machen hier Vortragsanfragen von Menschen, die sich in Deutschland für Menschen aus der Ukraine engagieren und nun mehr über die Ukraine und ihre Geschichte erfahren möchten. Dieses Graswurzelinteresse sollten Historikerinnen und Historiker entschlossen aufgreifen, um der Nachfrage nach Wissen über die Ukraine in der Gesellschaft entgegenzukommen und es weiter zu befördern.

Ferner liegt auch eine Neujustierung der regionalen Schwerpunkte im Fach Osteuropäische Geschichte nahe. Ich habe in meiner eigenen Arbeit in Forschung und Lehre die Geschichte der Ukraine in transnationalen Zusammenhängen behandelt – in einem Buch über polnisch-ukrainisch-russische Erinnerungskonflikte um

Kriege des 17. Jahrhunderts und in der Lehre integriert in Vorlesungen zu den Geschichten Ostmitteleuropas, des Zarenreiches und der Sowjetunion. Das muss sich in meinen Augen nun ändern. In der Lehre werde ich Veranstaltungen zur Geschichte der Ukraine anbieten, die das Land nicht in Kontexten ostmitteleuropäischer und russischer Geschichte behandeln, sondern von der Ukraine aus nach Europa schauen. Meine Forschungspläne habe ich nach dem russischen Überfall auf die Ukraine zur Seite gelegt und arbeite momentan an einem Exposé zur Geschichte der Ukraine, um einen Beitrag zum Transfer in die Öffentlichkeit zu leisten.

Damit ist nicht gesagt, dass die Geschichten Russlands und der Sowjetunion von der Agenda der Osteuropäischen Geschichte verschwinden. Gerade die Geschichtsschreibung, die sich mit Imperien und Postimperium befasst, wird einen wichtigen Beitrag zur Historisierung von Putins Russland leisten. In welchen Strukturen von Wissenschaftskooperation und Archivzugänglichkeit Osteuropäische Geschichte künftig operiert, ist jedoch eine offene Frage, die ganz entscheidend von der Dauer des Krieges, seinem Ende und der Nachkriegsordnung abhängt. Für die Geschichtsschreibung der Ukraine stellt sich die Frage, wann die Situation in der Ukraine eine Rückkehr zu internationaler Wissenschaftskooperation vor Ort an den Universitäten im Land ermöglichen wird. Der Archivzugang in der Ukraine wird frei bleiben, wie groß jedoch die Schäden des russischen Angriffs auch auf die Kultur und Archivüberlieferung der Ukraine sein werden (erste Abschätzungen von Kriegsschäden an Archivbeständen liefert ein [Bericht von Bert Hoppe](#)), bleibt abzuwarten. Ganz anders stellen sich die Perspektiven für Belarus und Russland dar. Solange die Regime von Lukaschenka und Putin an der Macht sind, ist anzunehmen, dass ihre Abschottung nach außen und Instrumentalisierung von Bildungseinrichtungen im Innern jegliche institutionelle Kooperation auf absehbare Zeit verbietet. Die Zusammenarbeit mit belarusischen und russischen Historiker*innen im Exil und Zugangsmöglichkeiten zu Archiven über Dritte formiert sich momentan. Die Osteuropäische Geschichte steht vor der Aufgabe, ihre letzten dreißig Jahre Forschung und Lehre zu bilanzieren, daraus Schlussfolgerungen zu ziehen und gleichzeitig sich produktiv an der Weiterentwicklung und Neuvernetzung von Geschichtswissenschaft in den Ländern des östlichen Europas westlich von Belarus und Russland zu beteiligen. Der Ukraine sollte dabei zentrale Aufmerksamkeit zukommen.

Über den Autor

Prof. Dr. *Martin Aust* lehrt osteuropäische Geschichte an der Universität Bonn. Zuletzt erschien von ihm die Monographie »Erinnerungsverantwortung. Deutschlands Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft im östlichen Europa 1939–1945« (2021).

Ukraine-Studien in Deutschland. Beobachtungen eines Historikers

Von Andrii Portnov (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)

Die Geschichte der Ukraine im deutschen Hochschulsystem ist eine Disziplin, deren institutionelle Schwäche mehr als offensichtlich ist. Die Ukraine selbst steht in den Augen eines großen Teils der deutschen (auch akademischen) Gesellschaft immer noch im »Schatten Russlands« und wird eher als Objekt denn als handlungskompetentes Subjekt wahrgenommen. Was die Anzahl der Veröffentlichungen (und nicht deren Qualität) betrifft, so lässt sich eine Überbetonung der neueren und zeitgenössischen Themen feststellen. Auffällig ist die Häufigkeit von Themen wie Nationalismus, Antisemitismus und Kollaboration mit den Nazis. Dadurch entsteht die weit verbreitete Wahrnehmung, dass die Schlüsselfigur der ukrainischen Geschichte Bandera ist und dass das Adjektiv »ukrainisch« fast immer unmissverständlich durch »nationalistisch« ersetzt werden kann.

Ich formuliere diesen Gedanken bewusst so scharf wie möglich, um die immer wiederkehrende Herausforderung an ukrainische Themen zu verdeutlichen. Im Jahr 1994 im Vorwort zur ersten Auflage seiner »Kleinen Geschichte der Ukraine« schreibt Andreas Kappeler: »Die Ukrainer galten bis vor kurzem auch in Deutschland als Russen, ihre Sprache als russischer Dialekt, ihre Geschichte als russische, polnische oder sowjetische Geschichte... Ein Ziel dieses Buches besteht darin, der vorherrschenden russozentrischen Perspektive, die die Ukraine (wenn überhaupt) nur als Randgebiet Russlands zur Kenntnis nimmt, eine ukrainische Perspektive entgegenzusetzen...«. In seinem Buch »Ungleiche Brüder« von 2017, also in einem anderen politischen Kontext – nach dem Euromaidan, der Annexion der Krim und dem Ausbruch des Krieges im Donbas – stellt derselbe Kappeler fest: »Im westlichen Ausland folgte man weitgehend dem russischen Narrativ. Es war und ist die Rede vom Kiewer Russland, von Altrussland oder von der altrussischen Literatur. Damit übernahm man die Vereinnahmung der Kiewer Rus durch Russland und die Russen«.

Kappelers Hauptaussage stimmt überraschenderweise mit den Hauptthesen der Veröffentlichungen von Dmytro Doroschenko, ein bedeutender emigrierter Historiker und der erste Direktor des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin, aus den 1930er Jahren überein. Folgt daraus, dass sich die deutsche Ukrainistik in ihrer Hauptaufgabe – der vollen Anerkennung der kulturellen und historischen Selbstständigkeit der Ukraine – im Kreis bewegt? Oder braucht das Ukraine-Thema in der sich wandelnden politischen Realität in Deutschland immer wieder eine neue Legitimation?

Die Anfänge der ukrainischen Studien an den deutschen Universitäten gehen zurück auf die Forschungsaktivitäten der Berliner Wissenschaftler Vatroslav Jagić, der 1874 der erste Professor für Slawistik an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin wurde und das »*Archiv für slavische Philologie*« (1876–1929 in Berlin erschienen) ins Leben rief, und Max Vasmer, der in seiner 1924 gegründeten »*Zeitschrift für slavische Philologie*« Publikationen zu ukrainischen Themen begrüßte.

Ein wichtiger Versuch, ukrainische Studien in Deutschland zu institutionalisieren, wurde 1926 mit der Gründung des bereits erwähnten Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts (UNI) in Berlin unternommen. Dmytro Doroschenko entwarf das UNI als Forschungsinstitut, eine »kleine Akademie der Wissenschaften«, die sich der Popularisierung der ukrainischen Forschung in Deutschland widmete und frei von jeglichen politischen Verpflichtungen war. Die letzte Maxime wurde 1931 de facto aufgegeben, als das Institut den Status einer staatlichen Einrichtung beim deutschen Bildungsministerium erhielt. Seitdem (und bis 1945) engagierten sich seine Mitarbeiter in der Lehre an der Berliner Universität und in der Erstellung deutsch-ukrainischer Wörterbücher.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs initiierte eine Gruppe von Wissenschaftlern des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts die Wiedergründung der Ukrainischen Freien Universität (UFU) in München (sie wurde 1921 in Wien eröffnet und im selben Jahr nach Prag verlegt). Im Jahr 1950 erkannte das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus die UFU offiziell als Privatuniversität an und unterstützte ihre Aktivitäten, darunter Publikationen, Konferenzen und Kunstausstellungen, finanziell.

Auch wenn es an deutschen Universitäten in der Nachkriegszeit keine etablierte Ukrainistik gab, brachten einige Publikationen deutscher Professor:innen wegweisende Erkenntnisse zur Erforschung der ethnischen und nationalen Komplexität des Rußländischen Reiches (Andreas Kappeler: Rußland als Vielvölkerreich) und der Sowjetunion (Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion). Ihre bahnbrechenden Forschungen wurden zu einem Meilenstein für die internationale Debatte über die Überwindung der Grenzen nationaler und imperialer Narrative. Neben deutschen Historikern haben auch Politik- und Literaturwissenschaftler eine Reihe von wichtigen Publikationen zur Ukraine vorgelegt.

Die volle Entfaltung ukrainischer Themen an deutschen Hochschulen erfordert jedoch eine systematische Verbesserung der Grundkenntnisse und -kompetenzen,

vor allem der ukrainischen Sprache, Geschichte und Literatur. Kompetente Ukraine-Expertise kann sich nicht nur auf deutsch-, englisch- oder gar nur russischsprachige Publikationen über die jüngsten Entwicklungen stützen.

Die entscheidende Verbesserung der Qualität wird hoffentlich unweigerlich neue methodische Überlegungen mit sich bringen. In erster Linie könnte man eine Neuformulierung der Geschichte einer Region erwarten, indem man die Ukraine als Prisma verwendet, das die verflochtene Geschichten zwischen Russland, Polen, der jüdischen Gemeinschaft und des habsburgischen Erbes sichtbar macht, aber in einer neuen Perspektive, die zum Verständnis der spezifischen historischen Selbstständigkeit der Ukraine beiträgt.

Eingezwängt zwischen den normativen Extremen des postkolonialen Narrativs einerseits und des »nationalizing state« andererseits muss die postsowjetische

Ambiguität der Ukraine immer noch als eine unverwechselbare und autonome komplexe Subjektivität in einem breiten transnationalen und transregionalen Kontext analysiert werden.

Die neuen Ukraine-Studien könnten in dreierlei Hinsicht inklusiv sein: Sie sind auf die Interaktion zwischen russischen, polnischen, jüdischen und osmanischen Studien ausgerichtet; sie sind als grundlegend interdisziplinäres Forschungsfeld gedacht, in dem Geschichte auf Anthropologie, Ökonomie, Soziologie, Literaturwissenschaft, politische Philosophie und Kunstgeschichte trifft; sie stehen ForscherInnen aus der Ukraine und anderen Regionen offen gegenüber (und beziehen Menschen aus den verschiedenen Provinzen ein, anstatt sich nur auf die Hauptstädte zu konzentrieren), die in internationalen Debatten und Austauschprogrammen immer noch unterrepräsentiert sind.

Über den Autor:

Prof. Dr. *Andrii Portnov* ist Professor für Entangled History of Ukraine an der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder)

Bibliographie:

- Andreas Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*. München: C. H. Beck, 1994.
- Andreas Kappeler, *Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. München: C. H. Beck, 2017.
- Andreas Kappeler, *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall*. München: C. H. Beck, 1992.
- Gerhard Simon, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft*. Baden-Baden: Nomos, 1986.

Wir brauchen eine De-Kolonisierung und Aufwertung der Osteuropaforschung

Von Gwendolyn Sasse (ZOiS, Berlin)

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die Ukraine-Forschung und für die Osteuropaforschung insgesamt. Was diese Zäsur in der Praxis bedeutet bzw. bedeuten kann, zeichnet sich erst in Ansätzen ab. Die Bedeutung der Ukraine in der Forschung sowie in europäischen und globalen Zusammenhängen wird kaum mehr infrage gestellt werden. Inmitten eines Krieges können die Sozialwissenschaften darüber hinaus auch einen Beitrag zur empirischen Dokumentation der Kriegsdynamik (s. z. B. #DataforUkraine, <https://mlp.trinity.duke.edu/dataforukraine.php#en>) und ihrer Auswirkungen auf Einstellungen, Identitäten und Verhalten leisten. Es fällt noch schwer, vorausschauend eine Forschungsprogrammatik zu formulieren. Auf dem Weg dahin wäre eine engere Ver-

knüpfung der Osteuropaforschung mit der Konfliktforschung und der Fluchtforschung wünschenswert.

Der Krieg zwingt die Osteuropaforschung und ihre Geldgeber zu einer kritischen Selbstreflexion. Eine breitere Diskussion über die Strukturen und Versäumnisse der Osteuropaforschung geht über den Zirkel derer, die sich in Forschung und Lehre mit Osteuropa beschäftigen, hinaus und betrifft im Kern die Praktiken verschiedener akademischer Disziplinen. Es stimmt nicht, dass es keine sozialwissenschaftliche Forschung zur Ukraine gegeben hätte, selbst wenn es in den Sozialwissenschaften an westlichen Universitäten nur wenige Professuren mit Osteuropa- oder gar Ukraine-Denomination gab. Diese Forschung (wie auch die zu anderen osteuropäischen Ländern) wurde insbesondere von den Politikwissenschaften als Nischen-

thema betrachtet und fand kaum Zugang zu den renommiertesten internationalen Zeitschriften. Außerdem konzentriert sich viel wissenschaftliche Expertise zur Ukraine in der Ukraine. Der Krieg führt uns die Notwendigkeit einer engeren Einbindung ukrainischer und anderer osteuropäischer Wissenschaftler*innen vor Augen.

Die Ukraine-Forschung verdient es nicht erst seit dem 24.02.2022, in all ihren Facetten ausgeweitet zu werden. Der Reflex, diese Korrektur nun vorzunehmen, sollte jedoch nicht als Kurzschlussbehandlung erfolgen. Was genau heißt es, die Ukraine-Forschung zu stärken? Woher kommt jetzt und in Zukunft die Expertise zur Ukraine, einschließlich Sprach- und Landeskenntnis? Hierbei geht es um einen längerfristigen Prozess, der strukturell in der Wissenschaftslandschaft verortet sein muss.

Seit der Gründung des ZOiS 2016 merkten politiknahe und akademische Stimmen in regelmäßigen Abständen an, dass am Institut erstaunlich wenig Russland-Forschung betrieben werde. Ein genauerer Blick auf das Forschungsprofil des ZOiS zeigt durchaus empirische Forschung zu Russland, aber sie nimmt keine dominierende Rolle ein und reiht sich neben der Forschung über die Ukraine, Moldau, Belarus, Georgien, Zentralasien usw. ein. Wenn man diese Logik weiterdenkt, geht es in der Osteuropaforschung thematisch und institutionell um eine bewusste De-Kolonisierung.

Über die Autorin:

Prof. Dr. Gwendolyn Sasse, Wissenschaftliche Direktorin des ZOiS und Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung, Humboldt-Universität zu Berlin.

Fehler im Betriebssystem

Von Kateryna Stetsevych (Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin)

Die politische Bildung in Deutschland hat zum Ziel, demokratische Prozesse zu fördern und Zivilgesellschaft zu unterstützen. Allerdings kann sie nicht mehr im nationalen Kontext verhandelt werden: Längst hat die Globalisierung auch diesen Bereich erfasst. Doch transnationale Perspektiven auf die politische Bildung stellten sich spätestens mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine als asymmetrisch heraus. Es ist klar geworden, dass die Länder Mittel- und Osteuropas sich zu lange im Schatten Russlands befanden. Abgesehen von den punktuellen Aufmerksamkeitsspannen, die meistens von Krisen, Kriegen und Kuriositäten genährt wurden (siehe dazu eine aufschlussreiche Studie der GIZ), gab es wenige Akteur*innen in Kultur und Bildung, die sich jahrelang und systematisch mit diesem Teil Europas befasst haben. Der Osteuropahistoriker Gerhard Simon stellte vor kurzem fest: „Nach

Es wäre wünschenswert, wenn die Ukraine-Forschung nicht nur als ein Feld mit Nachhol- und Kompensationsbedarf verstanden würde, sondern in interdisziplinäre und transregionale Kontexte eingebettet wird und dabei unterschiedliche Formen annehmen kann und an verschiedenen Orten gleichzeitig an Präsenz gewinnt. Neben einschlägigen Professuren, die in ihrer Gesamtzahl immer begrenzt sein werden, muss die Ukraine inhaltlich in verschiedenen Forschungsfeldern, in den Köpfen von Wissenschaftler*innen, Herausgeber*innen von wissenschaftlichen Zeitschriften und im öffentlichen Diskurs stärker und nachhaltiger verankert werden.

Kurz- und mittelfristig ist die Unterstützung ukrainischer Wissenschaftler*innen, die die Ukraine verlassen mussten, eine wichtige Aufgabe. Ebenso wichtig ist die Unterstützung ukrainischer Wissenschaftler*innen, die in der Ukraine geblieben sind, z. B. in der Form von Non-Residential Fellowships. Es geht konkret um den Erhalt wissenschaftlichen Potenzials vor Ort. Hinzu kommt die Beteiligung am Wiederaufbau universitärer und anderer wissenschaftlicher bzw. wissenschaftsnaher Institutionen in der Ukraine. Im besten Fall wird der notwendige Wiederaufbau zum zukunftsgerichteten Umbau wissenschaftlicher Strukturen in der Ukraine.

1991 hat es die Osteuropawissenschaft nicht einmal geschafft, die seit hundert Jahren bestehende Priorisierung Russlands zu überwinden und beispielsweise der Ukraine, aber auch anderen vernachlässigten Regionen Osteuropas den ihnen zustehenden Platz einzuräumen.“

Doch der Bildungs- und Kulturbereich, wie auch die Wissenschaften, sind keine autonom agierenden Felder, sie wurden auf staatlicher Ebene durch politische und mediale Diskurse dominiert. Und sie waren in Deutschland oftmals russozentrisch. Karl Schlögel merkte bereits 2015 in seinem Buch „Entscheidung in Kiew“ an: „Im medialen Dauergespräch ging es fast ausschließlich um Putins Russland [...]. Man sprach selten mit den Ukrainern, sondern viel mehr über sie und ihr Land. [...] Fast ohnmächtig stand man dieser Ignoranz und Anmaßung gegenüber, die sich auf ihre Fortschrittlichkeit auch noch etwas einbildete.“

Nach dem Fall der Mauer 1989 und der Wende 1990/91 waren in Deutschland gegenläufige Bewegungen zu beobachten. Einerseits wurden mehrere Institutionen, die die Sowjetunion und den sozialistischen Block fokussierten, mit dem Argument abgebaut bzw. verkleinert, der Kalte Krieg sei zu Ende, sie würden nicht mehr benötigt. Gleichzeitig eröffneten sich komplett neue Perspektiven und das Interesse in Deutschland stieg für einige Länder hinter dem gefallenem Eisernen Vorhang. Im kulturellen Bereich wurden Projekte und Austausch, auch durch neue EU-Programme, initiiert und gefördert. 1991 entstand beispielsweise das Deutsch-Polnische Jugendwerk, 2005/06 fand das medial umfassend begleitete Deutsch-Polnische Jahr statt, mit zahlreichen Debatten und Kulturveranstaltungen sowie rund 100 Projekten in den Bereichen Kultur und Wissenschaft. Ende der 1990er und in den frühen 2000er Jahren legten einige private Stiftungen Programme für den Austausch zwischen Deutschland und Mittel- und Osteuropa auf, wie z. B. das Kulturmanager-Programm der Robert Bosch Stiftung. Die Bundeszentrale für politische Bildung führte das Programm „Politische Bildung in Aktion“ zwischen 2009 und 2013 durch, das Hospitationen politischer Bildner*innen aus Mittel- und Osteuropa an Institutionen der politischen Bildung in Deutschland förderte. Doch diese Projekte und Programme waren nur zeitlich befristet. Belebt wurde der Austausch durch das Programm des Auswärtigen Amtes zur Förderung der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland, das nach dem Maidan in der Ukraine 2014 ins Leben gerufen wurde und bis heute fortgeführt wird. Aber auch dieses Programm ist an den Haushalt des Bundes und an den Zyklus der Legislaturperioden gebunden.

So viel sie gebracht haben, liegen dennoch allen Projekten und Programmen einige Fehler zugrunde. Der erste Fehler im System betrifft die Kurzfristigkeit. Obwohl die Nachhaltigkeit ein Förderkriterium und ein

explizit artikuliertes Ziel war, wurden die meisten Programme eingestellt. Die Projektlogik zwingt die zivilgesellschaftlichen Strukturen in enge „Ein-Jahres-Pläne“ – ein zweites Mal das gleiche Projekt einzureichen, obwohl es erfolgreich lief, war nicht möglich. Die Projektlogik verdrängte die systematische Inklusion von Wissen, Expertise und Erfahrung in bestehende Institutionen, die mit stabilen Ressourcen ausgestattet sind.

Der zweite Fehler betrifft die Konzentration auf Russland, insbesondere in Deutschland. In den Geschichtswissenschaften beschreibt der Begriff der „Entangled History“ transkulturelle Verflechtungen zwischen Weltregionen und Ereignissen. Daraus ließe sich ein neues produktives Konzept ableiten, eine „Entangled Education/Culture“: ein Konzept, das Gemeinsamkeiten und Interdependenzen in den Blick nimmt und keine Entfremdung fördert, sondern multiperspektivisch auf diverse nationale, regionale und transnationale Kontexte in Europa und darüber hinaus schaut. Die Ukraine sollte in diesem Konzept nicht als ein „zerrissenes Land“ oder ein Land „zwischen Ost und West“, „ukrainisch- und russischsprachig“ polarisiert werden, sondern als ein multiethnischer, -sprachlicher und -kultureller Staat aufgefasst werden, der sich historisch an den Kreuzungen vieler Imperien befand und in dem kulturelle, politische und soziale Verflechtungen die Nationenbildung beförderten.

Letztlich lassen sich Diskurse über Themen wie Solidarität, Freiheit, Armut, Macht, Gerechtigkeit, Migration, Klima oder Demokratiedefizite, die die politische Bildung gegenwärtig verhandelt, nicht in nationalen Grenzen aushandeln, sondern nur im europäischen bzw. transnationalen Kontext. Dabei sollte die Transformationsexpertise der Länder Mittel- und Osteuropas, die sowohl autoritäre als auch demokratische Erfahrungen verbinden, einen Beitrag zur Demokratieförderung in Deutschland und Europa leisten.

Über die Autorin:

Kateryna Stetsevych leitet die Projektgruppe Mittel- und Osteuropa in der Bundeszentrale für politische Bildung.

Wir brauchen dringend und schnell eine interdisziplinäre Ukrainistik an deutschsprachigen Universitäten

Von Alexander Wöll (Universität Potsdam)

In Deutschland gibt es bis heute keine eigenständige Ukrainistik. Spätestens mit der radikalen Ausweitung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 wurde diese Lücke offenbar. Wir brauchen daher dringend und schnell eine dauerhafte Institutionalisierung und Verankerung der Ukrainistik – schließlich ist die Ukraine der größte rein europäische Flächenstaat und das zweitgrößte slawischsprachige Land mit einer Sprecherzahl von knapp 40 Millionen.

Die Einführung des Bologna-Systems hat leider dazu geführt, dass kleine Fächer in der Lehre teilweise fast verschwunden sind. Hintergrund ist, dass der Erwerb von Sprachen, die, wie das Ukrainische, nicht an deutschen Schulen unterrichtet werden, zusammen mit dem nötigen Fachwissen meist nicht mehr in den BA-Workload zu integrieren sind. Da durch eine generelle Öffnung von Fachwechselföglichkeiten auch kein konsekutiver Aufbau in MA-Programmen mehr gewährleistet werden kann, erscheint ein Einbau von grundlegenden Sprachkursen (als Alternative zu den weiterführenden Angeboten) auch im MA nötig und sinnvoll.

Die Ukrainische Sprache lässt sich aktuell an zwölf deutschen Universitäten erlernen (Bamberg, Berliner HU, Bochum, Frankfurt/Oder, Gießen, Göttingen, Greifswald, Leipzig, Münchner LMU, Münster, Oldenburg und Würzburg in alphabetischer Reihenfolge) – jedoch oft nicht über das Niveau A2 hinaus, was lediglich elementaren Grundkenntnissen entspricht. Nicht zuletzt deswegen kommen Sommerschulen (in Deutschland wie auch in der Ukraine) eine große Bedeutung zu. Dort lassen sich in kompakter Form Intensivsprachkurse belegen, um die nötigen Credit Points für Sprachzertifikate zu erreichen. Diese unzureichende Situation muss in dauerhafte und regelmäßige Lernstrukturen überführt werden.

Wir müssen dringend ein inzwischen veraltetes Konzept von Area Studies und Cultural Studies überwinden, das eine Untersuchung von Kulturräumen anstrebt, ohne dabei die sprachlichen und spezifisch kulturellen Grundlagen erlernt zu haben. In der Ukraine sind die Menschen in allen ihren Landesteilen multilingual in der Lage, neben Ukrainisch auch Russisch (und überwiegend oft auch Englisch) zu verstehen und zu sprechen. Dennoch reichen Russisch- oder gar nur Englischkenntnisse für Forschende absolut nicht aus. Ein wissenschaftlicher Zugang zu den kulturellen, politischen und sozialen Besonderheiten der Ukraine wird ohne ausreichende Sprach- und Kulturkenntnisse nur sehr rudimentär sein. In den Politik-, Wirtschafts- und

Rechtswissenschaften muss es Dozierende geben, die nachweislich regelmäßig in der Ukraine mit dortigen Forschenden wissenschaftlich tätig sind und auch dauerhaft beschäftigt sind. Eine Integration der einzelnen Fächer sollte von einem zentralen Institut heraus erfolgen, das die Expertise zur Verfügung stellt und Curricula konzipiert. Als »Best Practice« kann der Aufbau der Ukrainistik an der Universität Cambridge in den letzten fünfzehn Jahren dienen.

Wir benötigen also eine exzellente Sprachausbildung mit guten Lehrwerken, die vor allem einen kontrastiven Erwerb mit anderen slawischen »Brücken-Sprachen« (z. B. Polnisch oder Russisch) ermöglichen, weil Ukrainisch oft die slawische Zweitsprache ist. Dabei sollte vermieden werden, dass – aufgrund einer nicht mehr möglichen Rekrutierung des eigenen Nachwuchses durch Promotionen und Habilitationen auf dem Gebiet der Ukrainistik – nur noch Dozierende aus der Ukraine mit ukrainischer Muttersprache eingestellt werden (wie beispielsweise an der Freien Ukrainischen Universität München der Fall), weil das die Gefahr einer zu starken Fokussierung auf herkunfts- und muttersprachliche Studierende birgt und die Akzeptanz des Faches an anderen Fakultäten und Universitäten mindert.

Zum schnellstmöglichen Aufbau von ukrainistischer Expertise sollten an Universitäten, die sich für einen Ukrainistik-Schwerpunkt entscheiden, Fellow-Programme von mindestens sechs Monaten für Doktoranden und Post-Docs eingerichtet werden. Neben der eigenen Forschung sollte dies ein unterrichtetes Seminar und einen öffentlichen Vortrag umfassen. Gerade diese Fellows können über die akademischen Strukturen hinaus in Gesellschaft und Politik wirken und benötigen angesichts des Krieges dringend unsere Unterstützung. Eine Integration in bestehende Graduiertenschulen scheint ebenfalls sinnvoll zu sein.

Das BMBF, die jeweiligen Landesministerien wie auch die diversen Stiftungen sollten ihre Mittel für die Ukraine stärker bündeln, anstatt eigene unkoordinierte Ausschreibungen vorzunehmen, zum Beispiel für die Gründung eines föderalen deutschlandweiten Ukraine-Zentrums. Dies wäre sinnvoll, um die zahlreichen Ausschreibungen, Fördermöglichkeiten, Fellowships und Programme transparent zu koordinieren. Die Deutsche Assoziation der Ukrainisten (DAU, eher spezialisiert auf Geistes- und Sozialwissenschaften) wie auch die Deutsch-Ukrainische Akademische Gesellschaft (eher spezialisiert auf Natur- und Ingenieurwissenschaften) könnten unter diesem Dach gebündelt werden. Die Ale-

xander von Humboldt-Stiftung, die bislang nur etwa drei Dutzend Philipp Schwartz-Fellowships für alle akademisch Verfolgten weltweit anbietet, wäre gut beraten, von ihrem Exzellenzgedanken in Bezug auf die Ukraine nach spezifischen Kriterien abzuweichen und aus den extrem hoch dotierten Stipendien wesentlich mehr niedriger ausgestattete Hilfsprogramme aufzulegen. Auch der DAAD könnte zum langfristigeren Wiederaufbau der Ukraine neue spezielle Programme entwickeln, die individuell auf die ukrainische Situation zugeschnittene Maßnahmenkataloge umfassen sollten – idealer Weise unter dem Dach eines Ukraine-Zentrums. Über Erasmus+ und DAAD-Ostpartnerschaftsprogramme sind verpflichtende Auslandssemester an ukrainischen Partneruniversitäten dringend erforderlich. Diese Programme sollten bereits jetzt für die Zeit nach dem Krieg ausgearbeitet und dann sofort umgesetzt werden.

Ein Ukraine-Zentrum wäre auch der ideale Ort, an den akademischen Hilfsmaßnahmen für in NGO's tätige Aktivisten wie beispielsweise dem Verein Akno e.V. (hinter dem die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde DGO steht) eine größere Sichtbarkeit und Vernetzung zu geben. Ebenso wäre es sinnvoll, dass all die anderen Programme wie Allianz Ukrainischer Organisationen, Solidarity With Ukraine, Promote Ukraine, Deutsch-Ukrainische Gesellschaft für Wirtschaft und Wissenschaft e.V., Leuchtturm Ukraine, German Asso-

ciation of Art Historians on Ukraine Aid oder Save Ukrainian Cultural Heritage Online sowie weitere Vereine und Initiativen in einem solchen Zentrum regelmäßig untereinander kommunizieren. Im Bereich des Impacts in die Gesellschaft wäre beispielsweise das Ukrainian Institute London ein gutes Vorbild.

Im Idealfall sollte ein Ukraine-Institut Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft werden, wie z. B. das Simon Dubnow Institut in Leipzig, das als strukturelles Vorbild dienen könnte. Gerade so ist die Integration in ein weltweit agierendes Netzwerk an Spitzenforschung gewährleistet. Neben anderen Einrichtungen wie dem GWZO Leipzig, dem Herder-Institut in Marburg, dem IOS in Regensburg, dem ZOiS in Berlin und dem GOSE in München würde ein solches Zentrum der Ukrainistik eine klare eigene unabhängige Stimme in Deutschland verleihen.

Kurz gesagt: Der Krieg hat mehr als deutlich gemacht, wie sehr sowohl der deutschen Zivilgesellschaft als auch der Academia systematisches Wissen über die Ukraine fehlt. Das Zentrum soll mit einem Direktorium und Beirat sowie mit seinen Fellows, Nachwuchswissenschaftlern, Tagungen und Workshops alle diese zersplitterten Aktivitäten in Forschung, Lehre und Impact koordinieren, bündeln und besser sichtbar machen. So kann das Fach grundlegend im deutschen akademischen Betrieb an den einzelnen Standorten koordiniert aufgebaut und weiterentwickelt werden.

Über den Autor

Prof. Dr. *Alexander Wöll* hat seit 2018 die Professur für Kultur und Literatur Mittel- und Osteuropas an der Universität Potsdam inne. Davor leitete er als Professor in Greifswald zuerst das dortige Ukrainicum und von 2014–18 als Präsident die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Seit 2008 ist er Vorsitzender der Deutschen Assoziation der Ukrainisten (DAU).

DOKUMENTATION

Bildung und Krieg

Education and War in Ukraine (February 24 – April 1, 2022)

The Cedos Think Tank works to monitor the impact of the war on education in Ukraine. With this work, we want to record the most important decisions and events in the field and to outline the key challenges.

The next day after the beginning of the full-scale invasion of Russian troops into Ukraine on February 24, the Ministry of Education and Science of Ukraine (MES) recommended pausing the education process in education institutions at all levels and starting a two-week vacation for all students and education workers. Since then, part of the Ukrainian territory has become temporarily occupied, a number of cities, towns and villages (Mariupol, Chernihiv, Sumy, Kharkiv and others) have been turned into active battlegrounds. More than 10 million people have been forced to leave their homes: 6.5 million moved within the country, and 3.9 million went abroad. Most of these people are

women and children. UNICEF reports that more than half of Ukrainian children — 4.3 out of 7.5 million — have been forced by war to leave their homes. As of March 28, 144 children had died and over 220 had been wounded due to the war. 659 education institutions had been damaged by bombing or shelling, 74 had been destroyed completely.

Since March 14, the education process has begun to resume in the regions where the security situation allowed it. The decisions as to where and how classes should be held were made by regional administrations and education institutions. The students who have left their homes can resume their studies in their temporary locations of residence, both in Ukraine and abroad. The education workers who are able to work can do it from anywhere within or outside the country. Those of them who cannot work still keep their jobs and salaries: this was guaranteed by the amendments to education laws introduced on March 20.

The Cedos Think Tank works to monitor the impact of the war on education in Ukraine. With this work, we seek to record the most important decisions and events in the field and to outline the key challenges.

In our monitoring, we use published regulatory documents, secondary data, reports by Ukrainian and international media as well as by Ukrainian representatives of the central and local governments.

This paper contains an overview of the data on the damage to education institutions, as well as of the key changes that have taken place in the organization of the education process in preschool, secondary and higher education in Ukraine.

Infrastructure

On March 10, the MES launched an interactive map of education institutions in Ukraine that have been ruined or damaged by Russia's actions in Ukraine. As of March 31, 76 institutions have been destroyed completely, and 722 have been damaged.

According to these data, Kharkiv Region has suffered the most: 50 education institutions have been completely destroyed there. In Donetsk Region, 309 institutions have been damaged and 1 destroyed; in Sumy Region, 40 institutions have been damaged; in Kyiv Region, 43 have been damaged and 3 destroyed; in the capital, 73 education institutions have been damaged.

In the regions which receive internally displaced people, preschools and secondary schools have been serving as shelters for people who need temporary accommodation. Internally displaced people are accommodated in dormitories of professional and higher education institutions. Schools and preschools also act as hubs for collecting, sorting and distributing humanitarian aid, while school buses are used for evacuation.

Preschool education

Since the beginning of the full-scale invasion, kindergartens have been put on a break according to a MES recommendation under the conditions of martial law. Within 3–4 weeks, some regions started resuming preschool education; as of March 28, some kindergartens in 6 regions have resumed their work in their usual format, while in 8 other regions some kindergartens use the elements of remote education in their work with the pupils and their parents. In the rest of the Ukrainian territory, the education process at kindergartens remains suspended.

On March 14, UNICEF and MES launched an online kindergarten with educational video classes for children aged 3 to 6. The project aims to help parents keep their child busy with activities full of learning opportunities.

The MES has issued an explanation on accepting temporarily displaced children to kindergartens in Ukraine: according to the current regulations, particularly the Ukrainian Law “On ensuring the rights and liberties of internally displaced persons,” local self-government bodies have to make sure that children are accepted to preschool and secondary education institutions.

Secondary education

Education process

Just like kindergartens, schools also went on a two-week vacation from February 24. Unlike regular vacations, pedagogical workers were not required to attend their workplaces or carry out their professional duties during this break.

Remote classes were resumed on March 14. The Learning Without Borders project for grades 5 through 11 was launched jointly by the MES and the Ministry of Culture, as well as by Ukrainian TV channels and online platforms. It broadcasts video lessons, with a different subject scheduled for each day. It is based on the nationwide schedule of classes for students in grades 1 through 11 which are held online, where the classes are also available in recorded form. Private schools and NGOs also joined in on the organization of remote classes, providing free access to their education resources.

Children who have been displaced within Ukraine can continue their studies at schools in their temporary location of residence. The MES Decree 274 “On some issues of the organization of general secondary education and the

education process under martial law in Ukraine” allows education institutions to accept students in their temporary location of residence without documents or based on copies if their families do not have the required originals.

According to the MES, as of March 28, the education process at secondary education institutions (hereafter referred to as SEIs) was taking place remotely in 13 Ukrainian regions (including Kyiv); in 4 regions, education was organized partially or the schools were still on vacation; in 5 other regions, studies had resumed remotely, the vacation continued, or studies had been paused depending on the community; and in the remaining 2 regions, secondary education had been suspended for security reasons. 5,000 children have joined the education process from their location of temporary residence after being forced to leave their homes. A week earlier, as of March 21, the education process went on remotely in 11 regions: over 10,000 SEIs resumed their work in this format. Almost 3 million students went back to their studies.

In some temporarily occupied localities, the occupiers plan to change the education process in education institutions to make it meet the Russian education standards and introduce the Russian language of study. There have also been recorded cases of kidnapping of education workers who refused to collaborate — for instance, on March 29, the head of the Department of Education was kidnapped in Melitopol.

Some of the cities and towns under temporary occupation—for instance, Kherson since March 14 — have resumed remote learning at schools in Ukrainian.

Ending the school year

On March 24, the Verkhovna Rada adopted a law which canceled the State Final Examination (SFE) for students completing their full secondary education in 2022. The MES announced the development of methodological recommendations on ending the school year under martial law; however, the recommendations had not been published yet as of March 31.

According to the minister of education and science, “all children who are now studying outside their own schools and abroad will receive a document about completing the school year. And all their grades will be recorded, regardless of where each child is studying today: at any other school which conducts in-person, mixed or remote classes or external education.”

On April 1, the MES issued a decree “On approving methodological recommendations on some issues of completing the 2021/22 school year,” which recommends SEIs to determine the day of ending the school year on their own and to compress the education materials in order to ensure the completion of the curriculum. The decree also recommends conducting final evaluations using remote learning technologies.

Working conditions of education workers

On March 15, the parliament adopted a law on government guarantees under martial law. It ensures that pedagogical workers will keep their jobs and average salaries and will be able to work from any location of their temporary residence, including from abroad.

The MES also issued explanations on the specifics of educational work in this period. Teachers who are unable to conduct classes will keep their salaries according to the labor law. A worker’s inability to carry out remote work due to the lack of required communications cannot be viewed as a violation of labor discipline. Heads of education institutions must not encourage teachers to take unpaid vacations for the period of martial law. If education institutions in localities of temporary residence of internally displaced teachers have vacancies, the teachers can be employed there if they wish so.

Higher education

Admission campaign

On March 8, Serhiy Shkarlet, the minister of education and science, made a proposal to cancel in 2022 the External Independent Evaluation (EIE) and entrance exams for MA programs: the Unified Entrance Examination (UEE) in foreign languages and the Unified Professional Entrance Test (UPET). Instead, he proposed to organize the admission campaign using an electronic system without the applicants’ participation. The minister also announced that the MES had developed three scenarios of admission to higher education institutions (hereafter referred to as HEIs) which do not involve the EIE. However, he did not explain the procedures that were to replace the UEE and UPET.

This initiative was met with a controversial response. For instance, representatives of the Lviv Region education system appealed to the MES and the Verkhovna Rada with a proposal to keep the usual admission procedure while adapting it to the circumstances of martial law. In particular, to postpone the deadline for registration and the date of the

EIE by several months and to reduce the number of subjects. At the same time, the Association of Rectors of Ukraine supported the proposal to cancel the SFE and the EIE and to simplify the procedure of admission to MA programs.

On March 24, the Verkhovna Rada adopted a law “On introducing amendments to some legislative acts of Ukraine in the field of education,” which cancels the EIE, UEE and UPET for students in 2022. Instead, the law charged the MES with developing a special admission procedure within a month.

According to the information available as of April 1, the MES proposes to organize admission to BA programs by introducing a multi-subject test with questions in Ukrainian language (without literature), mathematics and Ukrainian history, as well as a cover letter. The applicants willing to pay their own tuition will only have to submit an application and a cover letter, except for medical professions as well as humanitarian and social sciences, law, journalism and similar professions, which will also have to take the multi-subject test. The applicants applying for specializations which require a creative competition will have to participate in the creative competition and submit a cover letter.

In order to be accepted to MA programs with government-covered tuition fees in all specializations except for law, applicants will have to take professional tests at HEIs and submit a cover letter. Those willing to pay their own tuition will only have to do the latter. Admission to Law and International Law programs will require taking a complex master’s text (law and a foreign language) and submitting a cover letter.

Alternative testing must be conducted for 10–15 days and last 80 minutes. This will reduce the time of the applicants’ stay at the testing location, since they will be able to come to the testing location just once rather than four times and stay there for 80 minutes rather than several hours. The testing locations must be equipped with shelters where applicants will be able to seek cover in case of an air raid siren. In addition, the introduction of an alternative test significantly reduces the time and funding required for evaluation, since the test will be taken online at special testing locations, which will eliminate the need to scan papers or to evaluate open questions.

Nevertheless, the multi-subject test covers a limited number of subjects: Ukrainian language, mathematics and Ukrainian history. Therefore, the applicants who were preparing to take tests in other subjects (such as biology) instead of Ukrainian history may not have the opportunity or time to prepare for the test properly. In addition, subjects such as biology, chemistry or physics are important for a number of specializations. This may lead to a situation where their results in the third subject are worse. The test only includes 20 multiple-choice questions for each subject, which increases the risks of the negative impact of guessing or cheating: due to the relatively low number of questions, the weight of each answer in the evaluation increases.

The MES proposes using cover letters to rank the applicants willing to pay their own tuition fees as well as applicants with the same competition grades applying for places with government-covered tuition. Admission of tuition-paying applicants based solely on cover letters without assessing their knowledge may increase the risk of exacerbating inequalities in access to higher education, since the evaluation of cover letters can be subjective and lack transparent procedures. In addition, it may carry risks of corruption, because university staff are more likely to take and demand bribes from students who are not able to cope with their educational workload.

Ending the academic year

At the moment, it is unknown when the academic year will end and under what circumstances.

On March 21, the MES issued a decree which empowered the heads of higher and pre-higher professional education institutions to approve the type of examination for their students independently. On March 27, the Cabinet adopted Decree 376, which aimed to regulate the examination for students of pre-higher professional and higher education institutions. In particular, the specializations which were required to take the Unified State Qualification Exam (USQE) now have an opportunity to complete their degrees and receive their diplomas without taking this exam.

Education process

The MES has recommended that higher education institutions resume classes in a remote or mixed format when the vacation ends, provided that there are safe conditions to do it. In addition, it recommended introducing special studying conditions (individual schedules, academic leaves) for students serving in the Armed Forces of Ukraine or the Territorial Defense.

Since March 14, some Ukrainian regions have resumed the education process. As of March 22, according to the minister of education and science, universities in 15 Ukrainian regions have resumed studies, while HEIs in 4 other regions are still on forced vacation, and universities in one region are not working. In Kyiv, remote studies at HEIs resumed on March 28.

Remote learning allows HEIs to organize the education process during the war. At the same time, some students and professors are in dangerous areas, in war hotspots or in temporarily occupied territories, and they may not be able

to join the process. Students or professors who are relatively safe may not have access to the internet or the required equipment. There are also air raid sirens in most Ukrainian regions every day (or even multiple times a day in many of them), during which students and professors have to take shelter. This can directly affect the organization of the education process and interrupt it. It may be useful to collect data and develop recommendations at the national level on the organization of the education process under the current circumstances of war.

The Ukrainian universities located in safer regions (Lviv, Ivano-Frankivsk, Ternopil, Volyn, Rivne, Khmelnytsky, Dnipropetrovsk Regions) have announced that they are admitting internally displaced students. At the moment, these studies are only available as a part of academic mobility opportunities, meaning that students can take certain classes in their specializations and receive a document certifying that they have taken the classes upon completing them. However, students are de facto unable to fully transfer from their university to another one if their university does not conduct classes. There is a need for a longer-term strategy of integration and a procedure for transferring students whose universities cannot resume studies in the near future.

Some universities have also invited professors who have evacuated from warzones to join the education process.

Relocation and evacuation of universities and students

In the areas of active hostilities (Kharkiv, Chernihiv, Sumy, Donetsk, Mykolayiv Regions and Kyiv), buildings of higher education institutions have been damaged. According to the MES, at least 14 university buildings have been damaged and one has been destroyed. Some universities have suffered more than others. In particular, the Karazin National University in Kharkiv reported that almost all of its buildings have been damaged by bombing.

Ukraine already has experience in evacuating universities. Since 2014, some universities from Donetsk and Luhansk Regions as well as Crimea have been moved to safer cities within the same regions or to other regions. For instance, the Donetsk National University started working in Vinnytsia. This process is happening again. In particular, the State University of Biotechnology has moved from Kharkiv to Zakarpattia. Some of the properties of Uzhgorod and Mukachevo education institutions have been transferred to it. The Volodymyr Dal East Ukrainian National University has also been evacuated from Severodonetsk to Kamyanyts-Podilsky, and the Luhansk Medical University has been evacuated from Rubizhne to Rivne (both had previously been evacuated from Luhansk). The number of universities in need of evacuation and relocation can increase over time, so there is a need to clarify how many higher education institutions plan to move to other regions at the moment and to develop the procedure and conditions for their relocation.

There is no data yet on the number of victims among students and professors who have been in active war zones. There are known cases of targeted evacuation of students and professors from zones of active fighting. In particular, on March 7, an evacuation train was organized from Kharkiv to Ternopil Region for 486 people, including students and teachers of higher and professional-technical education institutions.

On March 6, Iryna Vereshchuk, the minister for the reintegration of the temporarily occupied territories, reported that over 2,000 foreign students were trapped in the temporarily occupied territories and in active war zones. On March 8, according to the head of the Sumy Regional Administration, 1,700 foreign students were evacuated from Sumy. The head of the Kharkiv Regional Administration also reported that nearly all foreign students had been evacuated from Kharkiv, but he did not clarify their number. At the moment, it is unknown whether any number of foreign students still remain in the territories of active hostilities or in the temporarily occupied territories and whether they were able to evacuate.

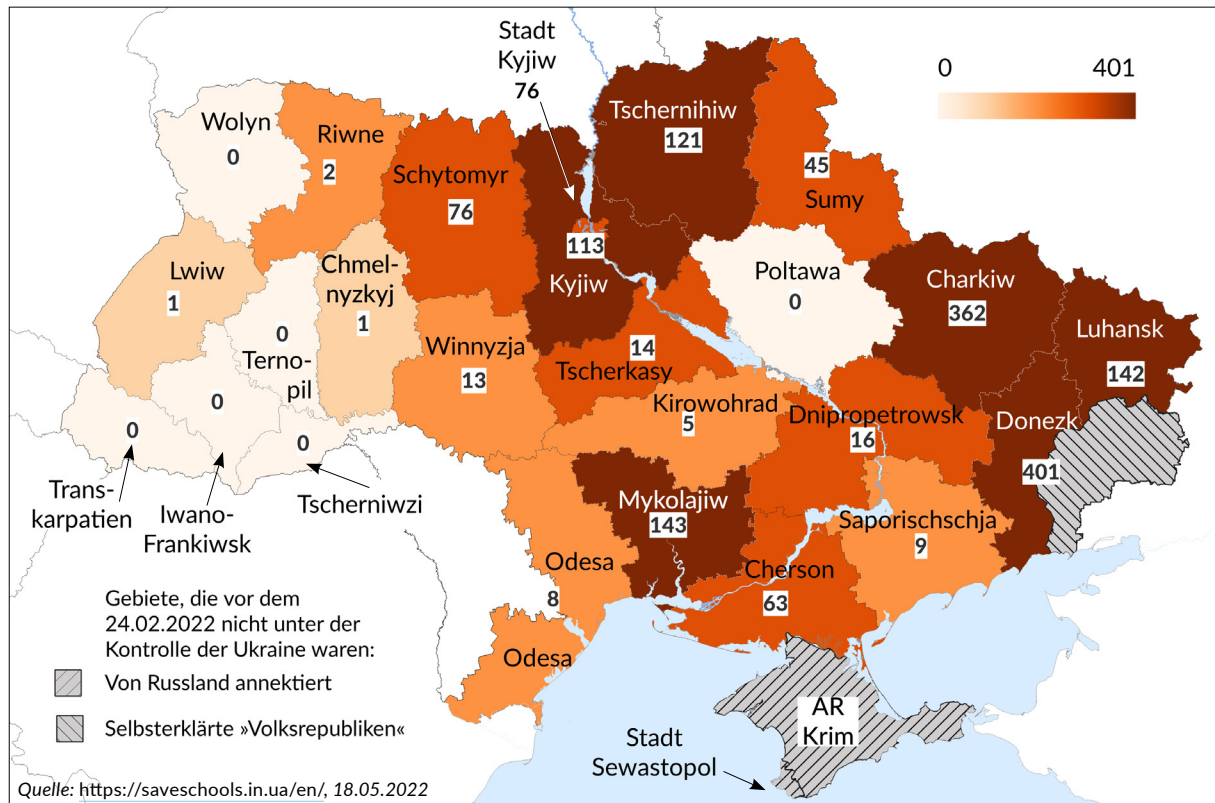
Opportunities for students and researchers abroad

In March, the World Bank allocated UAH 100 million to allow for the payment of academic and social stipends to students.

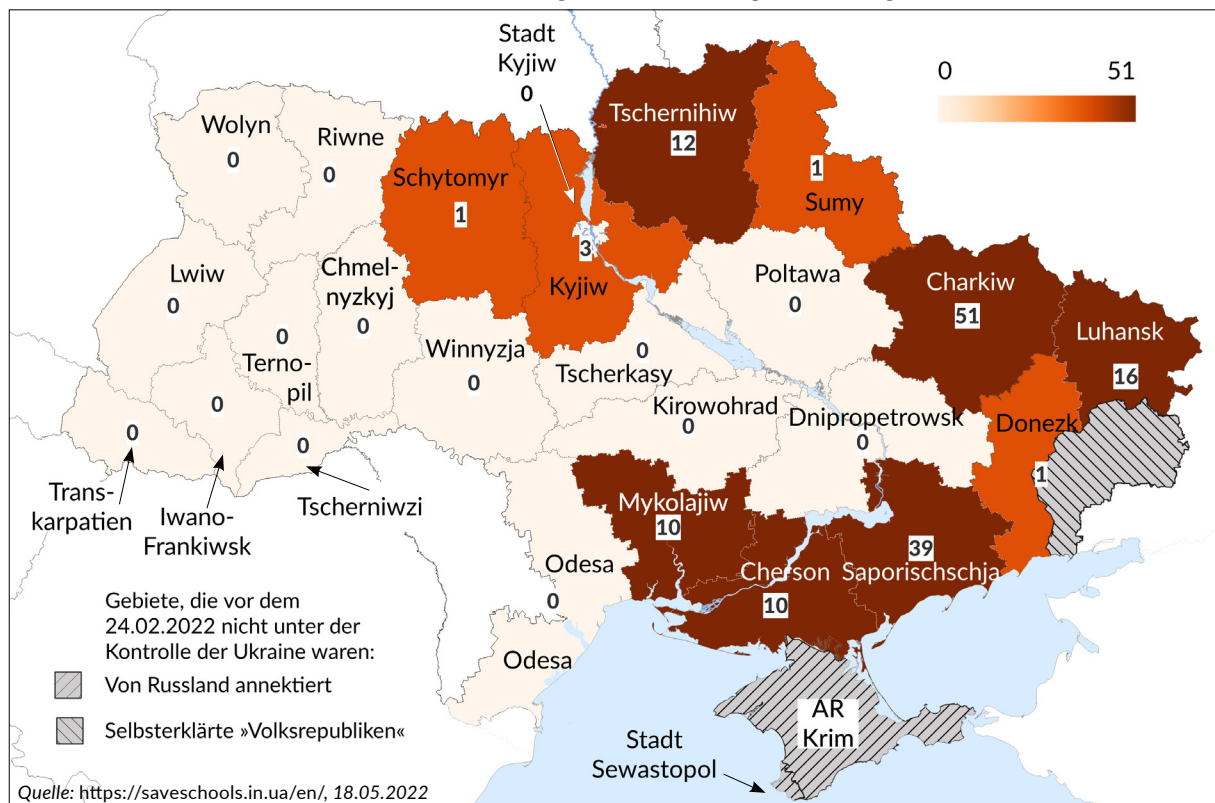
Various countries are also offering academic programs, stipends and other opportunities for students and researchers. For instance, Baltic countries have offered students who have left Ukraine to study at universities in Lithuania, Latvia and Estonia. In Poland, Ukrainian students can also continue their studies, and Ukrainian professors can work at universities. A consortium of partners has also created the Ukrainian Global University project which aims to give Ukrainian students, researchers and professors an opportunity to join programs at foreign universities and institutions. The MES has also launched a Telegram bot with relevant opportunities for researchers at universities and institutions abroad. Elsevier has given free access to the electronic platforms ClinicalKey, Complete Anatomy and Osmosis for Ukrainian medical workers. In addition, Ukrainian researchers now have free access to electronic resources available within the Research4Life project.

Quelle: Cedos, 06.04.2022, <https://cedos.org.ua/en/researches/education-and-war-in-ukraine-february-24-april-1-2022/>.

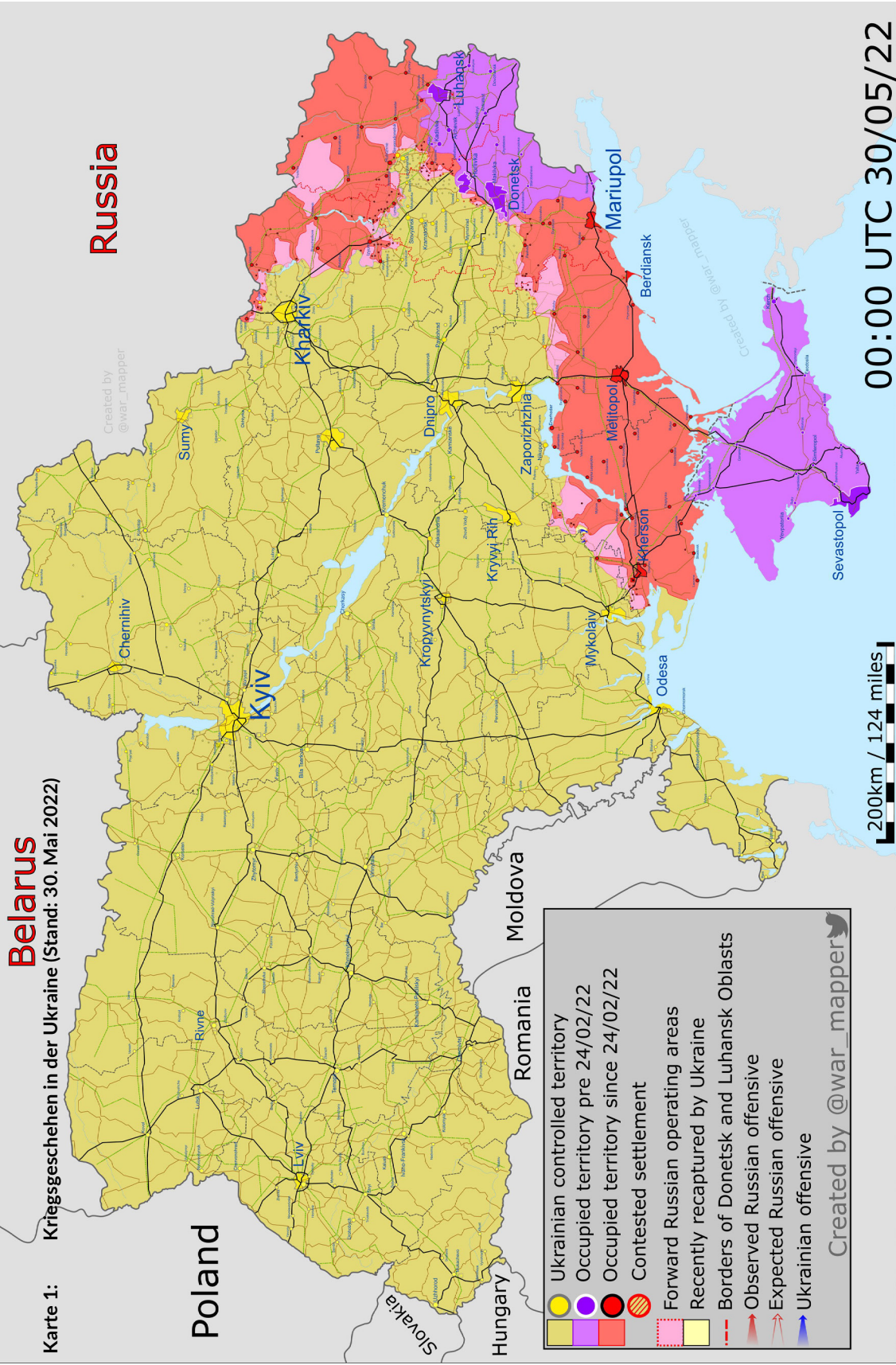
Karte 1: Durch den russisch-ukrainischen Krieg beschädigte Bildungseinrichtungen in der Ukraine



Karte 2: Durch den russisch-ukrainischen Krieg zerstörte Bildungseinrichtungen in der Ukraine



Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 30. Mai 2022)



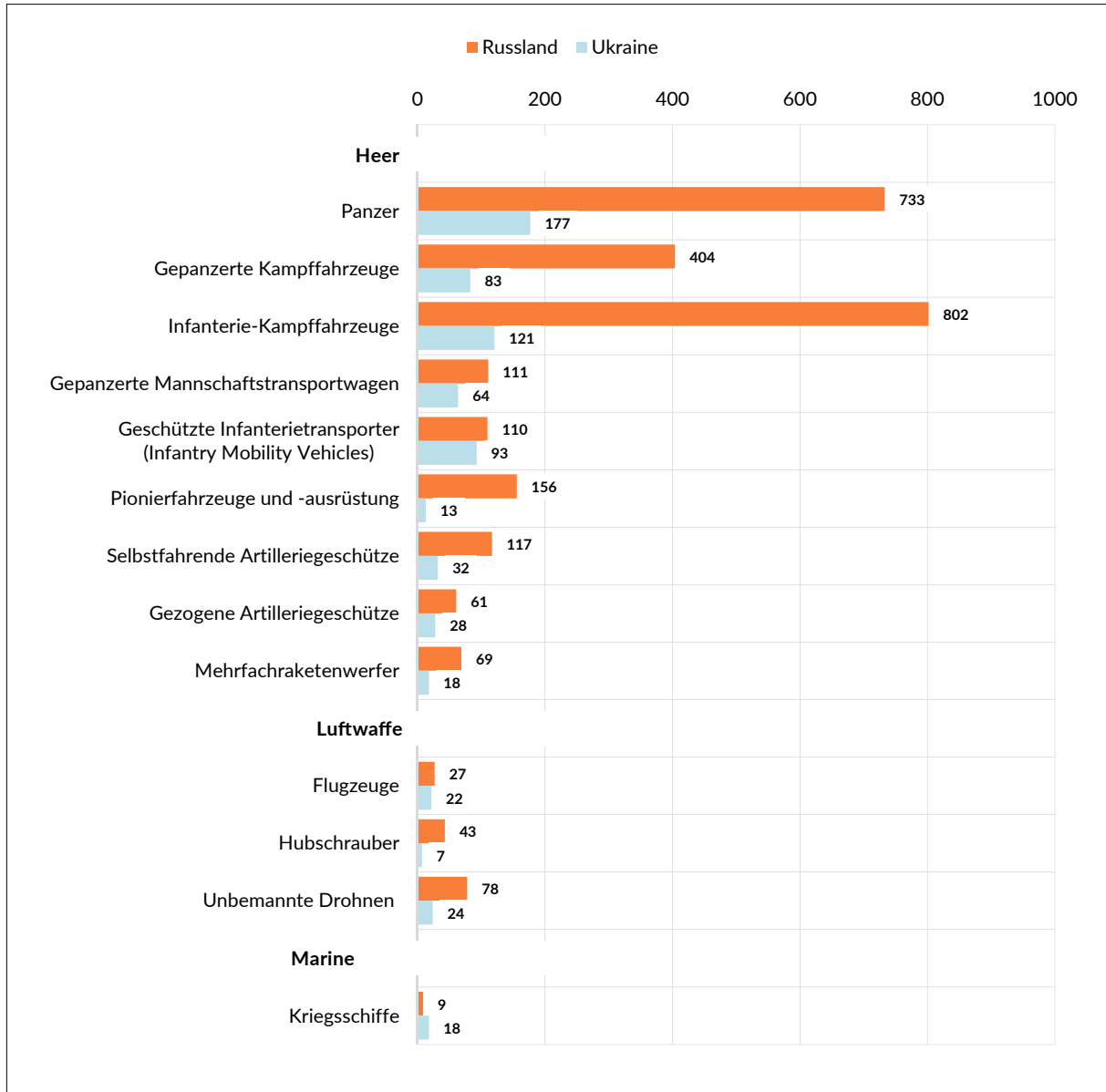
Karte 1: Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 30. Mai 2022)

Quelle: @war_mapper, https://twitter.com/War_Mapper/status/1529976419316600833/photo/1

STATISTIK

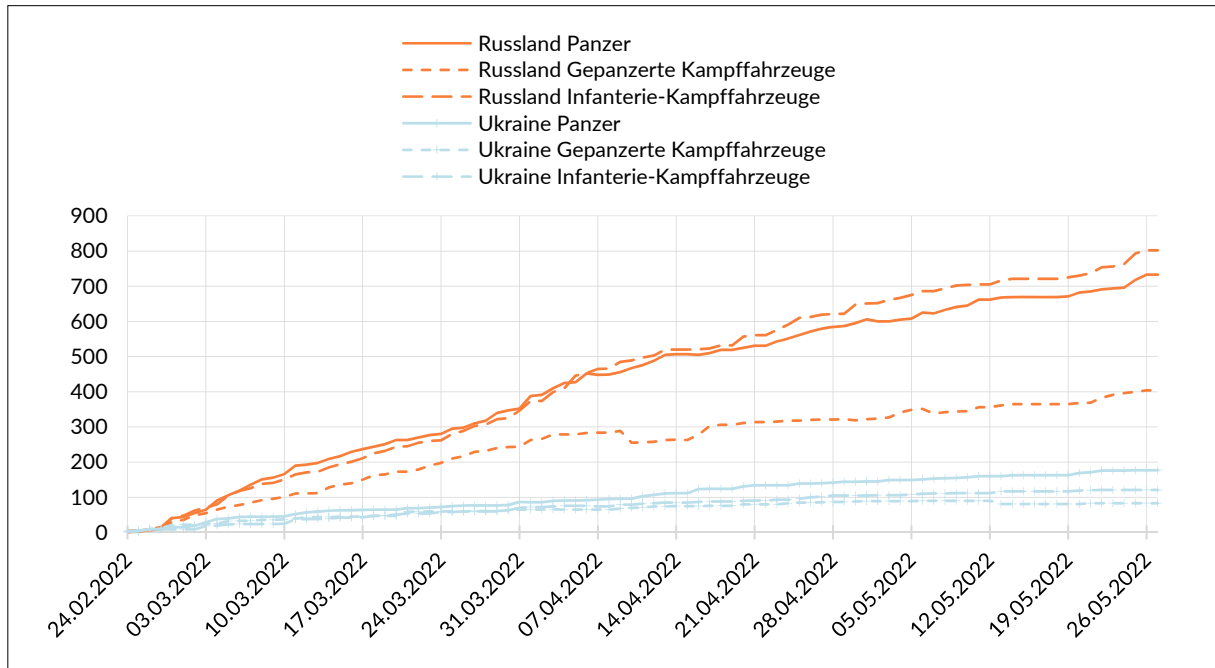
Verluste an Militärmaterial der russischen und ukrainischen Armee

Grafik 1: Verluste an Militärmaterial beider Seiten laut unabhängigem Militärblog ORYX (Stand: 27.05.2022)

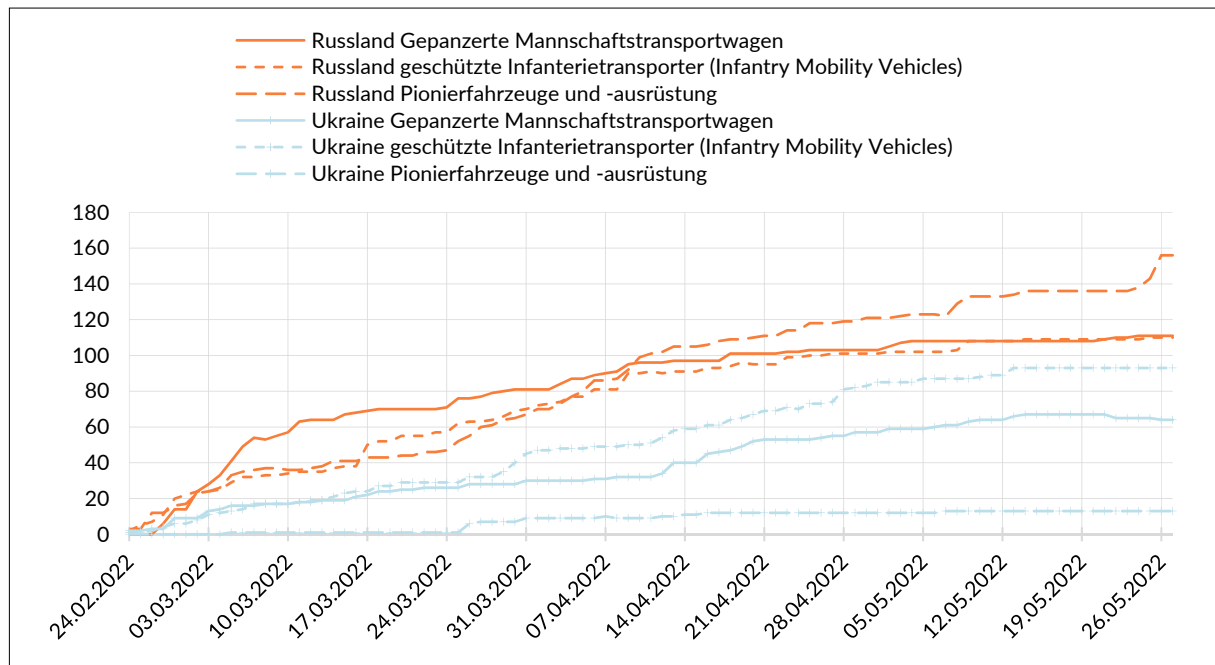


Quelle: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1bngHbR0YPS7XH1oSA1VxoL4R34z60SJcR3NxguZM9GI/edit#gid=0>, basierend auf Meldungen von <https://www.oryxspioenkop.com/>.

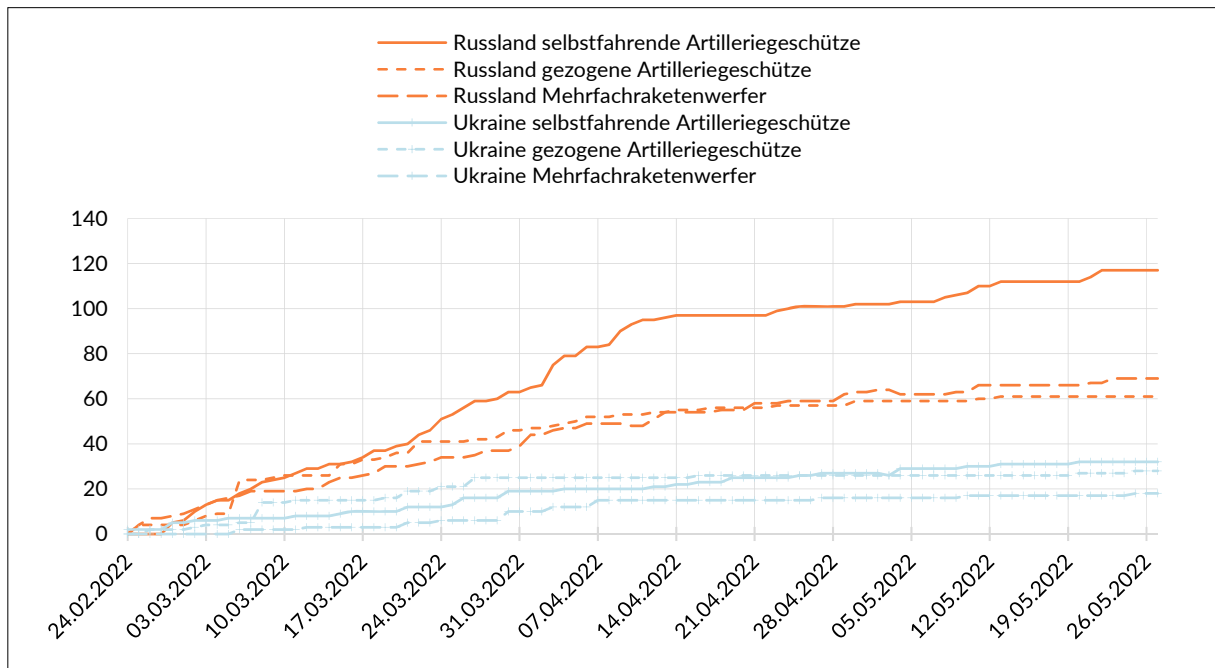
Anmerkung der Redaktion: ORYX ist ein Militär-Blog, der von internationalen Freiwilligen betrieben wird. Die Rechercheure sammeln seit Jahren Verlustmeldungen aus unterschiedlichen bewaffneten Konflikten, darunter dem aktuellen Krieg in der Ukraine. Zu jeder einzelnen Verlustmeldung muss ein Bild oder Videobeweis, meist aus den sozialen Medien, vorliegen, so dass die Angaben glaubhaft sind. Allerdings gibt es wegen der hohen Anzahl von Meldungen einen Rückstau an Meldungen, so die Betreiber des Blogs. Auch seien die ukrainischen Verluste in Wahrheit vermutlich höher: Weil die ukrainische Bevölkerung keine Bilder des eigenen Militärs veröffentlichen soll, gibt es nicht von allen ukrainischen Verlusten Bilder, weshalb diese vermutlich untererfasst sind.

Grafik 2: Kumulierte Gesamtverluste an Militärmaterial vom 24.02 bis 27.05.2022 – Heer: Fahrzeuge 1

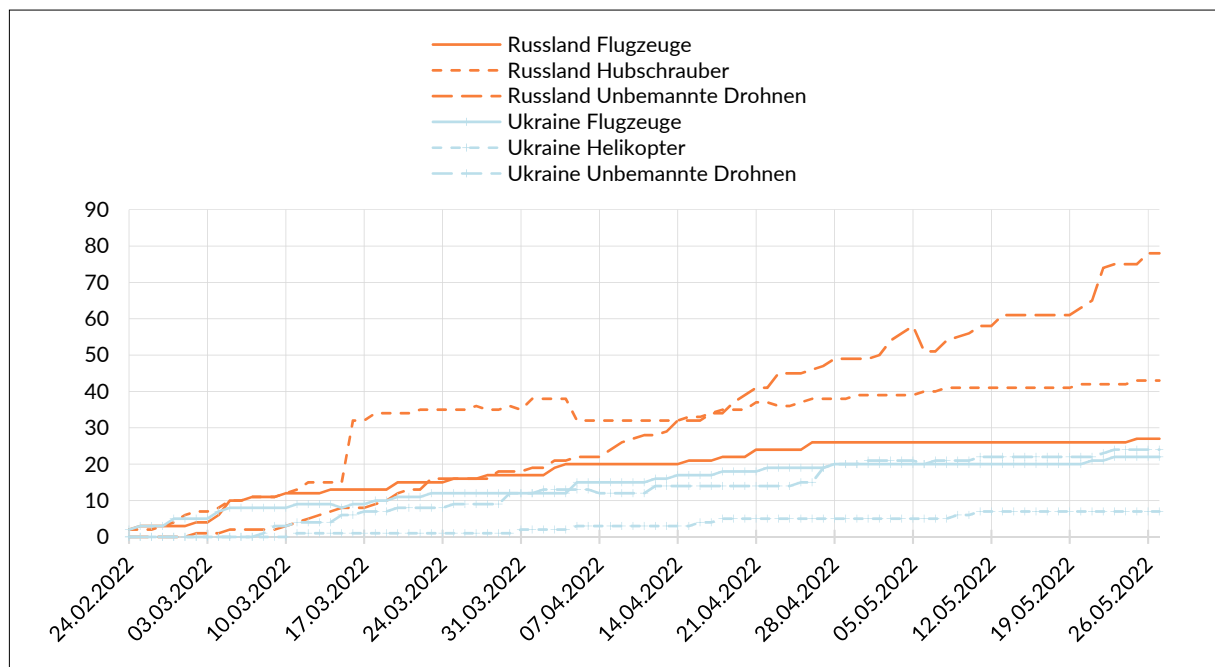
Quelle: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1bngHbR0YPS7XH1oSA1VxoL4R34z60SJcR3NxguZM9GI/edit#gid=0>, basierend auf Meldungen von <https://www.oryxspioenkop.com/>.

Grafik 3: Kumulierte Gesamtverluste an Militärmaterial vom 24.02 bis 27.05.2022 – Heer: Fahrzeuge 2

Quelle: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1bngHbR0YPS7XH1oSA1VxoL4R34z60SJcR3NxguZM9GI/edit#gid=0>, basierend auf Meldungen von <https://www.oryxspioenkop.com/>.

Grafik 4: Kumulierte Gesamtverluste an Militärmaterial vom 24.02 bis 27.05.2022 – Heer: Artillerie


Quelle: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1bngHbR0YPS7XH1oSA1VxoL4R34z60SJcR3NxguZM9GI/edit#gid=0>, basierend auf Meldungen von <https://www.oryxspioenkop.com/>.

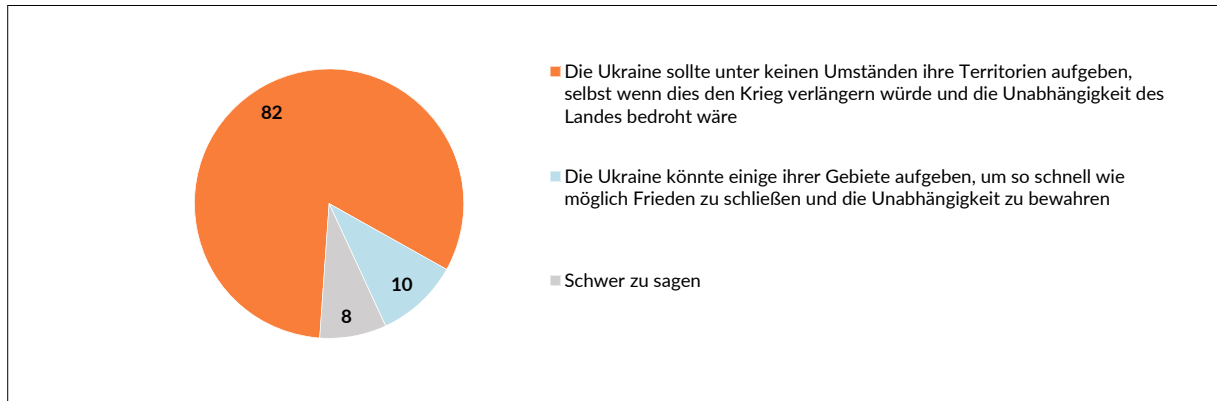
Grafik 5: Kumulierte Gesamtverluste an Militärmaterial vom 24.02 bis 27.05.2022 – Luftwaffe


Quelle: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1bngHbR0YPS7XH1oSA1VxoL4R34z60SJcR3NxguZM9GI/edit#gid=0>, basierend auf Meldungen von <https://www.oryxspioenkop.com/>.

UMFRAGEN

Einstellung der Bevölkerung zum Krieg

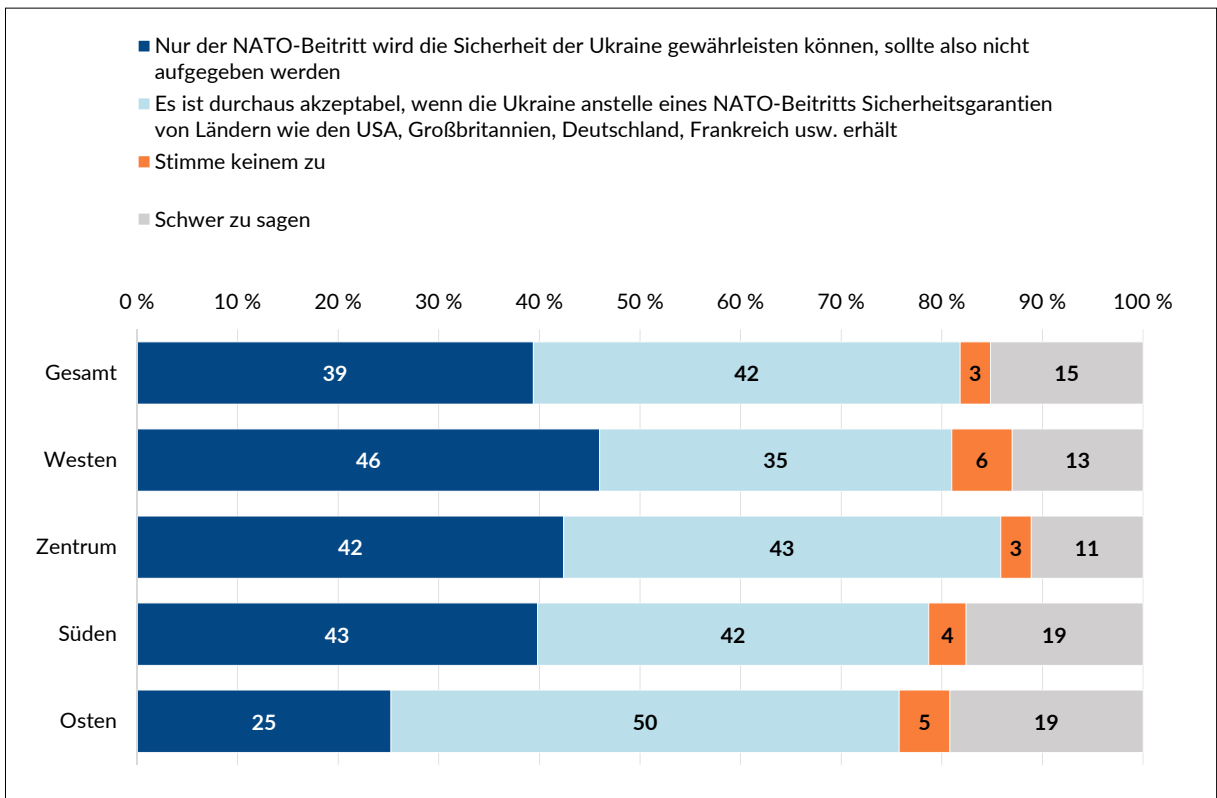
Grafik 1: Welcher dieser Aussagen über mögliche Kompromisse für den Frieden mit Russland stimmen Sie am ehesten zu? (%)



Quelle: Repräsentative Telefonumfrage unter 2.000 Befragten, durchgeführt vom Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie, 24.05.2022, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1111&page=1>.

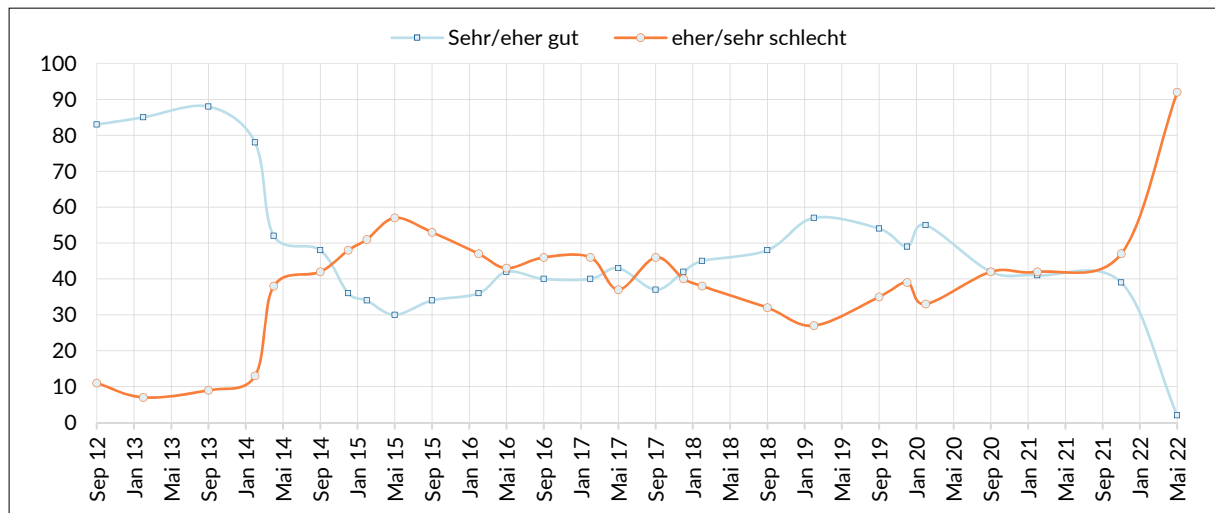
Anm.: Aufgrund des Krieges sind die statistischen Abweichungen höher als sonst; unter dem Quellenlink findet sich eine ausführliche Beschreibung zur Methodik, den Herausforderungen bei der Erhebung sowie der Repräsentanz der Umfragen.

Grafik 2: Derzeit wird die Frage nach möglichen Sicherheitsgarantien für die Ukraine diskutiert. Welcher dieser Aussagen stimmen Sie am ehesten zu? (%)



Quelle: Repräsentative Telefonumfrage unter 2.000 Befragten, durchgeführt vom Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie, 24.05.2022, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1110&page=1>.

Anm.: Aufgrund des Krieges sind die statistischen Abweichungen höher als sonst; unter dem Quellenlink findet sich eine ausführliche Beschreibung zur Methodik, den Herausforderungen bei der Erhebung sowie der Repräsentanz der Umfragen.

Grafik 3: Einstellung der ukrainischen Bevölkerung gegenüber Russland, 2012–2022 (%)

	Sept. 2012	Feb. 2013	Sept. 2013	Feb. 2014	April 2014	Sept. 2014	Dez. 2014	Feb. 2015	Mai 2015	Sept. 2015	Feb. 2016	Mai 2016	Sept. 2016	Feb. 2017
Sehr/eher gut	83	85	88	78	52	48	36	34	30	34	36	42	40	40
eher/sehr schlecht	11	7	9	13	38	42	48	51	57	53	47	43	46	46
Schwer zu sagen	6	6	4	9	10	11	16	15	14	13	16	15	15	15

	Mai 2017	Sept. 2017	Dez. 2017	Feb. 2018	Sept. 2018	Feb. 2019	Sept. 2019	Dez. 2019	Feb. 2020	Sept. 2020	Feb. 2021	Nov. 2021	Mai 2022
Sehr/eher gut	43	37	42	45	48	57	54	49	55	42	41	39	2
eher/sehr schlecht	37	46	40	38	32	27	35	39	33	42	42	47	92
Schwer zu sagen	19	17	19	18	19	17	12	12	13	16	17	14	6

Quelle: Kyjiwer Internationales Institut für Soziologie: Dynamik der Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber Russland und emotionaler Hintergrund als Folge des Krieges: Ergebnisse einer vom 13. bis 18. Mai 2022 durchgeführten Telefonumfrage, 26.05.2022, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=1112&page=1>.

CHRONIK

10. – 24. April 2022

10.04.2022	Laut dem ukrainischen Generalstab bereitet sich Russland auf eine Offensive im Donbas vor. Russland setze die Umgruppierung von Ausrüstung und Truppen fort und verlege taktische Bataillonsgruppen in die an die Ukraine angrenzenden Regionen Belgorod, Woronesch und Kursk. Hauptziel sei die vollständige Kontrolle über die ukrainischen Städte Popasna, Rubischne, Nysne und Nowobachmitiwka. Auch die Möglichkeit erneuter Angriffe auf die zweitgrößte ukrainische Stadt Charkiw werde nicht ausgeschlossen, so der Generalstab.
10.04.2022	Außenminister Dmytro Kuleba teilt mit, dass es sehr schwer sei, »überhaupt mit Menschen zu verhandeln, die Gräueltaten und Kriegsverbrechen begehen und dafür Entschuldigungen finden.« Wenn sich dadurch jedoch weitere Kriegsverbrechen wie in Butscha oder Kramatorsk vermeiden lassen, werde er jede Möglichkeit wahrnehmen, so Kuleba in einem Interview mit dem US-Sender NBC.
10.04.2022	Laut aktuellen Zahlen der UN haben inzwischen mehr als 4,5 Mio. Menschen aus der Ukraine das Land verlassen. Der Großteil, mehr als 2,6 Mio., sind nach Polen geflohen, gefolgt von Rumänien und Ungarn mit 686.000 bzw. 419.000 Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine.

11.04.2022	Laut Prognose der Weltbank wird das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine in diesem Jahr kriegsbedingt um 45 Prozent sinken und sich damit fast halbieren. Es drohe eine schwere humanitäre Krise, so die Weltbank.
11.04.2022	Die Vertretung der EU-Delegation kehrt wieder nach Kyjiw zurück, nachdem sie zuvor wegen des Krieges nach Polen evakuiert worden war. In den vergangenen Tagen waren bereits mehrere europäische Botschaften nach Kyjiw zurückgekehrt, nachdem die russischen Truppen sich aus der Umgebung der Stadt und der Region Kyjiw zurückgezogen hatten.
11.04.2022	Erstmals seit Ausbruch des russischen Krieges gegen die Ukraine reist mit dem österreichischen Kanzler Karl Nehammer ein westlicher Regierungschef zum russischen Präsidenten Wladimir Putin nach Moskau. Das einstündige Gespräch sei laut Nehammer »sehr direkt, offen und hart« gewesen, der Presse erklärte Nehammer anschließend, er »habe generell keinen optimistischen Eindruck«, was die Beendigung des Krieges angeht.
11.04.2022	Der Bürgermeister der von Russland belagerten südukrainischen Hafenstadt Mariupol teilt der Nachrichtenagentur AP mit, dass in der Stadt bereits mehr als 10.000 Zivilist:innen zu Tode gekommen seien. Aufgrund des heftigen Beschusses sei es nicht möglich, die Toten zu bergen und genaue Zahlen zu nennen. In der belagerten Stadt befinden sich laut Angaben des Bürgermeisters noch etwa 120.000 Zivilist:innen; die Lebensumstände sind wegen der anhaltenden Kämpfe und des Mangels an Wasser, Strom, Lebensmitteln und Medikamenten sehr schwer.
12.04.2022	Laut Vizepremierministerin Iryna Wereschtschuk hält Russland 1.700 ukrainische Soldat:innen und Zivilist:innen, unter teils menschenunwürdigen Bedingungen, in Gefangenschaft.
12.04.2022	In einem Interview mit der Financial Times schätzt Finanzminister Serhij Martschenko das monatliche Haushaltsdefizit der Ukraine auf 5–7 Mrd. US-Dollar. Die Schäden der Infrastruktur belaufen sich seit Beginn des Krieges inzwischen auf 270 Mrd. US-Dollar, so der Minister. In mehreren von der Ukraine zurückeroberten Regionen laufen erste Wiederaufbaumaßnahmen an.
12.04.2022	Manuel Fontaine, Direktor des Notfallprogramms von UNICEF, berichtet, dass fast zwei Drittel der Kinder aus der Ukraine ihre Häuser verlassen mussten. Von den 7,5 Mio. Kinder im Land seien aktuell 4,8 Mio. auf der Flucht, so Fontaine gegenüber der Nachrichtenagentur AP.
12.04.2022	Auf einer Pressekonferenz teilt der russische Präsident Wladimir Putin mit, dass die Friedensgespräche mit der Ukraine sich aktuell in »einer Sackgasse« befinden und Russland die »militärische Sonderoperation«, die »planmäßig« verlaufe, fortführen werde.
12.04.2022	Laut ukrainischen Angaben wurden im Kyjiwer Vorort Butscha während der russischen Besetzung mehr als 400 Zivilist:innen getötet. US-Präsident Joe Biden, der Russland bisher Kriegsverbrechen vorwarf, wirft Russland angesichts dieser Erkenntnisse erstmals öffentlich Völkermord vor.
13.04.2022	Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall könnte laut eigener Aussage der Ukraine in etwa sechs Wochen bis zu 50 Leopard 1-Panzer bereitstellen, wenn die Bundesregierung dem zustimmen würde. Nachrichtenmeldungen zufolge zögert die Bundesregierung die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine bisher jedoch hinaus.
13.04.2022	Bei einem Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj teilt US-Präsident Joe Biden mit, dass die USA der Ukraine weitere Militärhilfen in Höhe von 800 Mio. US-Dollar zur Verfügung stellen werden.
13.04.2022	Die Staatschefs aus Polen, Estland, Lettland und Litauen treffen in Kyjiw ein, wo sie den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj treffen. Die Reise sorgt in Deutschland für Irritationen, weil Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der laut eigener Aussage gemeinsam mit seinen Amtskollegen reisen wollte, nicht daran teilnimmt und als Begründung angibt, von Kyjiw eingeladen worden zu sein. Selenskyj hingegen erklärt, keine offizielle Anfrage von Steinmeier für einen Besuch erhalten zu haben.
13.04.2022	Laut dem Bürgermeister der Stadt Kyjiw, Witalij Klytschko, sind etwa zwei Drittel der Bevölkerung wieder in die ukrainische Hauptstadt zurückgekehrt. Gleichzeitig warnt er davor, verfrüht nach Kyjiw zurückzukehren, da die Stadt immer noch Ziel von russischen Raketenangriffen sei.
13.04.2022	Der Europäische Rat stellt der Ukraine weitere 500 Mio. Euro für die Armee bereit, damit diese sich gegen den russischen Angriff wehren kann. Damit belaufen sich die Militärhilfen der EU für die Ukraine auf insgesamt 1,5 Mrd. Euro.
14.04.2022	Die »Moskwa«, das Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte, soll nach ukrainischen Angaben von einer »Neptun«-Anti-Schiffs-Rakete getroffen worden und gesunken sein. Laut Russland hingegen sei auf dem Schiff ein Feuer ausgebrochen und die »Moskwa« anschließend bei stürmischer See gesunken. Näheres zum Verbleib der Besatzung ist ungewiss.

14.04.2022	In einem Interview mit der BBC vermutet der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass Russland vor habe, rund 44.000 ukrainische Soldat:innen im Donbas zu umzingeln und von der Versorgung abzuschneiden. Außerdem, so Selenskyj, »nehmen [sie] nicht nur die Gebiete, sie zerstören alles, töten, vergewaltigen, plündern. Sie zerstören unsere Nation.«
14.04.2022	Laut Vizepremierministerin Iryna Wereschtschuk wurden beim vierten Gefangenenaustausch seit Kriegsbeginn 30 ukrainische Kriegsgefangene ausgetauscht, darunter acht Zivilist:innen.
14.04.2022	UN-Angaben zufolge haben in den ersten 50 Kriegstagen fast 5 Mio. Menschen aus der Ukraine ihr Land verlassen. Hinzu kommen weitere 7,1 Mio. Binnenvertriebene. Mehr als 90 Prozent der Geflüchteten sind Frauen und Kinder.
14.04.2022	Die Werchowna Rada erkennt die von Russland während des militärischen Angriffs auf die Ukraine begangenen Handlungen als Völkermord an der ukrainischen Bevölkerung an.
14.04.2022	Das Parlament löst die wichtigste pro-russische Partei »Oppositionsplattform – Für das Leben« auf. Die Parlamentsfraktion der Oppositionspartei, der bis zum 24. Februar 44 Abgeordnete angehörten, wird aufgelöst, die Abgeordneten behalten jedoch ihre Mandate. Am 19. März unterzeichnete Präsident Wolodymyr Selenskyj ein Dekret, mit dem alle pro-russischen Parteien, einschließlich der Oppositionsplattform, verboten wurden.
14.04.2022	Die Nationalbank rechnet mit einer Inflation von mehr als 20 Prozent für das laufende Jahr. Wegen des Krieges steigen die Preise für Waren und Dienstleistungen durch Produktionsunterbrechungen, Logistikprobleme und die Abwertung der Landeswährung Hrywnja.
14.04.2022	85 Prozent der ausgegrabenen Leichen aus dem Kyjiwer Vorort Butscha weisen Schusswunden auf. Der Bürgermeister der Stadt vermutet daher, dass russische Soldaten die Zivilist:innen gezielt getötet haben.
14.04.2022	Laut dem Gouverneur der Oblast Charkiw sind in der zweitgrößten Stadt des Landes bereits mehr als 500 Zivilist:innen durch russischen Beschuss ums Leben gekommen, darunter 24 Kinder.
15.04.2022	Als Reaktion auf Russlands Krieg gegen die Ukraine stockt die Bundesregierung die Rüstungshilfe für Partnerländer auf zwei Mrd. Euro auf, gibt Finanzminister Christian Lindner per Twitter bekannt. Den größten Anteil soll die Ukraine erhalten, so Lindner.
16.04.2022	In einem Interview mit dem US-Sender CNN spricht der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj von 2.500 – 3.000 getöteten ukrainischen Soldat:innen seit Kriegsbeginn. Die Ukraine gibt normalerweise keine Zahlen über die eigenen Verluste bekannt. Die russische Armee habe laut Selenskyj bereits 19.000 – 20.000 Soldaten verloren, so Selenskyj.
17.04.2022	In mehreren Regionen der Ukraine schlagen russische Raketen ein, darunter in Lwiw und Dnipropetrowsk weitab der akuten Kampfhandlungen. Der Offensive im Donbas kann die ukrainische Armee bisher standhalten, allerdings haben mehr als 100.000 Menschen im Osten des Landes kein Wasser, Gas und Strom. Auch im belagerten Mariupol sind mehr als 100.000 Menschen von der Versorgung mit Strom, Gas, Nahrung und Trinkwasser weiterhin abgeschnitten; ukrainische Hilfskonvois werden von Russland behindert.
17.04.2022	Die Ukraine hat den Fragebogen für den EU-Kandidatenstatus bereits ausgefüllt, so Ihor Schowkwa, stellvertretender Stabschef von Präsident Wolodymyr Selenskyj. Der Fragebogen war erst wenige Tage zuvor am 8. April von EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen nach Kyjiw gebracht worden; normalerweise dauert der Prozess deutlich länger. Nun wird erwartet, dass die Europäische Union bald über den Kandidatenstatus der Ukraine entscheidet.
17.04.2022	Landwirtschaftsminister Cem Özdemir zufolge habe die Bundesregierung »besorgniserregende Nachrichten« aus der Ukraine, wonach russische Truppen gezielt landwirtschaftliche Infrastruktur und Versorgungsketten zerstören, was Auswirkungen auf die globale Nahrungsmittelversorgung haben könnte. Es sei wichtig, »dass der Westen die Ukraine mit weiteren, wirkungsvolleren Waffen unterstützt – und da sollte sich Deutschland nicht ausnehmen«, so Özdemir.
18.04.2022	Laut Generalstaatsanwaltschaft sind durch Russlands Krieg in der Ukraine bereits 205 Kinder umgekommen, 362 wurden verletzt.
18.04.2022	Der ukrainische Generalstab meldet den Beginn der russischen Offensive im Donbas. Demzufolge sollen russische Streitkräfte ihre Angriffe in mehreren Richtungen im Osten der Ukraine verstärkt haben. Besonders in der Charkiw- und der Luhansker Oblast gebe es intensive Gefechte. Russland ziehe weitere Militäreinheiten auf der besetzten Krim und in der angrenzenden Oblast Rostow zusammen und es wird erwartet, dass die Einheiten bis zum 24. April vollständig formiert sind.

18.04.2022	Der Bürgermeister von Mariupol, Wadym Bojtschenko, berichtet, dass die russische Armee 40.000 Zivilist:innen illegal aus Mariupol deportiert habe. In einem Fernsehinterview erklärte er, sie seien »gewaltsam nach Russland oder in russisch-kontrollierte Regionen der Ukraine deportiert« worden. Die Zahlen seien durch das städtische Register verifiziert worden, so Bojtschenko.
18.04.2022	Einem Sprecher des ukrainischen Grenzschutzes zufolge sind am 16. April erstmals mehr Menschen wieder in die Ukraine eingereist, als aus dem Land geflohen sind. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sind insgesamt mehr als eine Millionen Menschen in die Ukraine zurückgekehrt.
18.04.2022	Laut dem Pentagon sollen sich aktuell 76 russische taktische Bataillonsgruppen in der Ukraine befinden, das sind 11 mehr, als in der Vorwoche. Darüber hinaus befinden sich etwa 22 weitere Gruppen nördlich der Ukraine, die vermutlich mit Nachschub versorgt und neu ausgerüstet werden, so ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums.
18.04.2022	Denys Prokopenko, Kommandant des Asow-Bataillons, das sich als letzte ukrainische Militäreinheit im ansonsten belagerten Mariupol im Asow-Stahlwerk verschanzt hat, fordert die internationalen Staatshäupter dazu auf, mehrere Hundert Zivilist:innen, die in den Bunkern des Stahlwerks Schutz gesucht haben, zu evakuieren.
19.04.2022	Vizepremierministerin Iryna Wereschtschuk verkündet, dass 79 ukrainische Kriegsgefangene ausgetauscht wurden, darunter 16 Zivilist:innen.
19.04.2022	Laut dem britischen Verteidigungsministerium stockt die russische Offensive im Donbas. Dafür gebe es mehrere Gründe wie logistische und technische Probleme, aber auch die hohe Motivation der Ukrainer:innen, ihr Land zu verteidigen.
19.04.2022	Der Gouverneur der Oblast Luhansk, Serhij Hajdaj, teilt mit, dass sich auf dem ukrainisch kontrollierten Territorium der Luhansker Oblast weiterhin ca. 70.000 Menschen befinden. Wegen des anhaltend starken Beschusses in der Region sei die Evakuierung zum Teil nicht möglich. Etwa 80 Prozent des Territoriums der Region wird von der russischen Armee kontrolliert, die die Zivilbevölkerung schikaniert.
19.04.2022	Laut dem Ständigen Vertreter der Ukraine bei den Vereinten Nationen in New York, Serhij Kyslyzja, hat Russland mehr als 500.000 Menschen aus der Ukraine mit Gewalt nach Russland gebracht, darunter 121.000 Kinder.
19.04.2022	Mehr als 8.000 Straßenkilometer und 300 Brücken seien inzwischen durch russischen Beschuss zerstört, so Infrastrukturminister Oleksandr Kubrakow. Die Schäden belaufen sich laut Kubrakow auf mehr als 100 Mrd. US-Dollar.
19.04.2022	Auf einer Pressekonferenz in Berlin verspricht Bundeskanzler Olaf Scholz der Ukraine weitere Militärhilfen. Diese sollen allerdings von privaten Rüstungskonzernen kommen, da die Kapazitäten der Bundeswehr erschöpft seien.
20.04.2022	Die ukrainischen Streitkräfte haben seit Beginn des Krieges 943 Siedlungen von russischen Truppen befreit, so Präsident Wolodymyr Selenskyj.
20.04.2022	Die G7-Finanzminister:innen kündigen in einer gemeinsamen Erklärung an, die Ukraine mit 24 Mrd. US-Dollar unterstützen zu wollen.
20.04.2022	Norwegen sendet ca. 100 Luftverteidigungssysteme in die Ukraine. Wie der norwegische Verteidigungsminister Björn Arild Gram mitteilt, handelt es sich um »Mistral«-Flugabwehrraketen, die von der norwegischen Armee nicht mehr verwendet werden, aber dennoch eine moderne und effektive Waffe seien, so der Minister.
21.04.2022	Premierminister Denys Schmyhal reist zu Gesprächen mit US-Präsident Joe Biden nach Washington. Schmyhal ist der höchstrangige ukrainische Staatsgast in den USA seit Beginn von Russlands Krieg gegen die Ukraine. Biden versichert der Ukraine die »anhaltende Entschlossenheit, die Ukraine angesichts des brutalen Angriffskrieges Russlands zu unterstützen«.
21.04.2022	Der Gouverneur des ukrainisch kontrollierten Territoriums der Donezker Oblast, Pawlo Kyrylenko, erklärt, dass die Einwohnerzahl der Region, die zuvor bei etwa 1,6 Millionen gelegen habe, seit Beginn der russischen Invasion auf 430.000 gesunken sei. So leben in Kramatorsk, der zweitgrößten Stadt nach Mariupol, statt 200.000 nur noch 40.000 Menschen.
21.04.2022	Beim sechsten Gefangenen austausch seit Beginn des Krieges am 24. Februar werden 19 ukrainische Kriegsgefangene mit Russland ausgetauscht, darunter neun Zivilist:innen, teilt Vizepremierministerin Iryna Wereschtschuk mit.
21.04.2022	Die Weltbank schätzt die bisherigen Schäden an der ukrainischen Infrastruktur auf 60 Milliarden US-Dollar. Bei einer Konferenz der Weltbank über den Finanzhilfebedarf der Ukraine teilt der zugeschaltete ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit, dass die Ukraine monatlich 7 Mrd. US-Dollar benötige, um die wirtschaftlichen Verluste auszugleichen. Für die Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft stellt die Weltbank 96 Mio. US-Dollar bereit.

21.04.2022	Die USA stellen der Ukraine Budgethilfen im Umfang von 500 Mio. US-Dollar bereit sowie weitere Militärhilfen in Höhe von 800 Mio. US-Dollar. Die Waffenlieferungen sind laut US-Präsident Joe Biden eine klare Botschaft an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, dass es ihm »nie gelingen werde, die gesamte Ukraine zu beherrschen und zu besetzen«.
21.04.2022	Laut dem Stadtrat von Mariupol könnten zwischen 3.000 – 9.000 Einwohner:innen von Mariupol in einem Massengrab in Manhusch, rund 20 Kilometer westlich der belagerten Hafenstadt, begraben sein. Darauf deuten nach Angaben der Behörden neue Satellitenbilder hin. Insgesamt könnten nach vorläufigen Schätzungen bis zu 22.000 Einwohner:innen der belagerten und von der russischen Armee heftig beschossenen Stadt Mariupol durch die russische Offensive getötet worden sein, so der Stadtrat.
21.04.2022	Bei seinem Besuch in Kyjiw teilt EU-Ratspräsident Charles Michel mit, dass die EU schwere Waffen an die Ukraine liefern, es aber keine großen Ankündigungen darüber geben werde. Er sei außerdem davon überzeugt, dass die Ukraine den Krieg gegen Russland gewinnen werde.
21.04.2022	Das estnische Parlament verabschiedet als erstes Land weltweit eine Resolution, in der Russlands Krieg gegen die Ukraine als Völkermord bezeichnet wird. Auch das lettische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der die russische Aggression gegen die Ukraine als Genozid bezeichnet wird.
22.04.2022	Der Leiter der ukrainischen Verhandlungsdelegation, Davyd Arachamija, bestätigt, dass (digitale) Friedensgespräche zwischen der Ukraine und Russland stattgefunden haben. Die Nachrichtenwebsite Ukrainska Pravda berichtet, dass die Ukraine damit gedroht habe, die bilateralen Verhandlungen zu beenden, sollte Russland ein »Referendum« inszenieren, um die russische Besatzung der Oblast Cherson zu legitimieren. Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, die Gespräche seien festgefahren.
22.04.2022	Nach Angaben des Bürgermeisters von Slowjansk, Wadym Ljach, wurde die Stadt in der letzten Nacht vermutlich mit russischen Streubomben beschossen. Der Bürgermeister fordert die Bevölkerung auf, die Stadt zu verlassen. Der Einsatz von Streumunition wurde im sog. Oslo-Übereinkommen von 2010 verboten.
22.04.2022	Die staatlichen russischen Nachrichtenagenturen TASS und RIA Novosti zitieren den Kommandanten des Zentralen Russischen Militärbezirks, Rustam Minekajew, mit den Worten, dass der Kreml die volle Kontrolle über den gesamten Donbas und den Süden der Ukraine anstrebe, um eine Verbindung bis zur abtrünnigen pro-russischen Region Transnistrien in Moldau herzustellen.
22.04.2022	Laut Ljudmyla Denissowa, der Menschenrechtsbeauftragten der Ukraine, befänden sich etwa 1.000 Zivilist:innen im Asow-Stahlwerk, dem letzten ukrainisch kontrolliertem Gebiet in der ansonsten von russischen Truppen belagerten Hafenstadt Mariupol. Weiterhin befänden sich dort etwa 500 verwundete Soldat:innen, und die Vorräte an Wasser und Lebensmitteln gingen zur Neige, so Denissowa.
22.04.2022	Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat von Ausbruch des Krieges bis zum 16. April insgesamt 162 russische Angriffe auf medizinische Einrichtungen in der Ukraine gezählt. Dabei sind 73 Menschen ums Leben gekommen, 52 wurden verletzt.
22.04.2022	Der französische Präsident Emmanuel Macron bestätigt gegenüber einer französischen Zeitung, dass Frankreich schwere Waffen an die Ukraine liefern werde, darunter die Panzerabwehrlenkwaffe »MILAN« und die selbstfahrende 155mm-Haubitze »CAESAR«, die Ziele in bis zu 40 Kilometern erreicht. Auch die Niederlande teilt mit, der Ukraine Artilleriewaffen zur Verfügung zu stellen, allerdings in begrenzter Stückzahl, da das Land laut Verteidigungsministerin Kasja Ollongren selbst nur 54 Haubitzen habe. Kanada kündigt ebenfalls die Lieferung von vier Haubitzen des Typs M-777 an die Ukraine an. In seiner täglichen Abendansprache bedankt sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj dafür, dass die Verbündeten der Ukraine nun auch die geforderten schweren Waffen zur Verteidigung des Landes liefern.
22.04.2022	Nach Angaben des ukrainischen Verteidigungsministeriums haben die ukrainischen Streitkräfte einen russischen Kommandoposten in der Nähe der besetzten Regionalhauptstadt Cherson in der Südukraine angegriffen. Dabei sollen zwei russische Generäle getötet und ein weiterer verletzt worden sein.
23.04.2022	Die Ukraine werde die Friedensgespräche mit Russland abbrechen, wenn es die letzten ukrainischen Truppen im Asow-Stahlwerk im belagerten Mariupol tötet, so der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj. Selenskyj fügte hinzu, die ukrainische Armee sei derzeit nicht in der Lage, die Belagerung von Mariupol zu durchbrechen um die eingekesselten Truppen zu retten. Mariupol wird seit knapp zwei Monaten von russischen Truppen belagert, einzig das stark befestigte Stahlwerk »Asowstal« ist noch unter ukrainischer Kontrolle.
23.04.2022	Der polnische Grenzschutz berichtet, dass die Zahl der ukrainischen Kriegsflüchtlinge allmählich abnimmt. Seit Beginn des Krieges sind knapp drei Millionen Ukrainer:innen nach Polen eingereist. Laut UNHCR haben insgesamt mehr als vier Millionen Menschen aus der Ukraine das Land wegen des russischen Angriffskrieges verlassen.

23.04.2022	Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki verkündet auf einer Konferenz der Initiative #StopRussiaNOW, dass Polen der Ukraine Waffen mit einem Gesamtwert von 1,6 Mrd. US-Dollar geliefert habe. Die Waffenlieferungen dienen dem Schutz der »ukrainischen, polnischen und europäischen Souveränität«, so Morawiecki.
24.04.2022	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass seit Beginn der »Spezialoperation in der Ukraine« 951.000 Ukrainer:innen nach Russland deportiert wurden. Darunter sind 174.689 Kinder, so ein Sprecher des Verteidigungsministeriums gegenüber der Agentur Interfax. Die Ukraine spricht von Zwangsdeportation.
24.04.2022	Das britische Verteidigungsministerium berichtet, dass Russland ein inszeniertes Referendum in Cherson plane. Die Stadt sei ein »Schlüssel« für Russlands strategisches Ziel einer Landverbindung von der Krim auf das ukrainische Festland und für die Kontrolle der Südukraine.
24.04.2022	Das Internationale Rote Kreuz fordert einen sofortigen Evakuierungskorridor aus Mariupol. Das Rote Kreuz verweist auf die katastrophale Lage der Zivilbevölkerung in der Stadt und fordert einen ungehinderten humanitären Zugang auch zum Stahlwerk Asowstal, wo sich Zivilist:innen und die letzten in der Stadt verbliebenen ukrainischen Truppen befinden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.